

r
e
v
i
s
t
a

Mauer gegen Flüchtlinge

Interview : Hans Branscheidt

Celler Alltag im Faschismus

lokale Meldungen



Nr. 3

Inhalt:

Wo Celle zur Grossstadt
wird - der Kampf gegen
"Dealer" führt zur Mauer....3

Rechtsextreme FPÖ an der
Macht!.....5

Leserbrief zu Eschede.....6

Gute Zeiten - schlechte
Zeiten.....6

Lokales / Meldungen.....7

Veranstaltung mit
Ulla Jelpke.....11

Celler Alltag im
Faschismus Teil 6.....12

Interview mit
Hans Branscheidt über
die politische Entwicklung
in der Türkei.....14

Feuilleton.....18

Niedersächsische Grüne
in Celle - Kleine Schlappe
für Landesvorstand.....20

Termine.....23

Na, das fängt ja gut an..

Irgendwie ist es schon ein Drama, eigentlich wollten wir schon längst fertig sein - ging aber nicht, weil viele Beiträge bei uns noch nicht eingetroffen waren. Doch dann... Layouttermin steht und wie von Geisterhand können wir uns vor Artikeln nicht mehr retten. Deshalb reicht der Platz nicht für alle, unter anderem auch weil einige Artikel länger sind als es bei uns eigentlich üblich ist - es lohnt sich aber trotzdem.

Völlig unerwähnt ist deshalb leider Einiges, sei es ein weiteres Mal die Cellesche Zeitung (Unterlöss wird von gemeingefährlicher Hascherbande erpresst), oder etwas zu den alles dominierenden Schwarzgeldkonten, oder, oder, oder...

Aber heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder und zwar in ca. zwei Monaten, also Anfang April.

Und wie steht es mit dem lieben Geld, werdet Ihr euch sicher noch fragen - Ganz gut, werden wir sagen, denn die Silvesterparty hat uns wieder etwas auf die Sprünge geholfen (und natürlich die Anzeigen und die Spenden)

Bis zum Frühling

revista goes Internet

Ab 01.03.2000



<http://www.tripod.de/Revista>

Impressum:

Revista, Nr. 03, Februar / März 2000

Erscheinungsweise: alle 2 Monate
liegt kostenlos aus in div. Kneipen und Läden
kann gegen Portokosten (5 Stück für 10.-DM) auch
gerne abonniert werden

Postanschrift: Revista,
c/o Buntes Haus, Hannoversche Str. 30F, 29221 Celle

Email: Revista@gmx.de

V.i.S.d.P.: Marion Dertmer

Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 257 500 01,
K-Nr. 108 099 698, Stichwort "Revista"

Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!

Wo Celle zur Grossstadt wird der Kampf gegen "Dealer" führt zur Mauer

Die tiefe Symbolik kann dem Verwaltungsausschuss des Stadtrates nicht entgangen sein. Ende Januar beriet man dort den Bau einer Mauer. Sie soll die BewohnerInnen der Hüttenstrasse vom Flüchtlings-Sammellager "Hotel Stech" an der Harburger Strasse trennen und ihre "Sicherheit" erhöhen (Kosten: 120.000 DM). Der Stadtrat wird am 17.2. einen endgültigen Beschluss fassen.

Im Umfeld des städtischen Flüchtlingswohnheims wird von Bewohnern gedealt. Viele deutsche Anwohner sehen darin eher einen Nachteil, weil ihr Bedarf an illegalen Drogen gering ist und sie ihren "Stoff" im Aldi, bei Karstadt oder am Kiosk beziehen. Verständlicherweise ist es ihnen auch "unheimlich", denn wo Geschäfte nicht mit Verträgen und Girokonten abgewickelt werden, lauert - das sagt einem die Lebenserfahrung - "offene Gewalt". So konnte man sich bestätigt fühlen, als im vergangenen Jahr bei einer Schiesserei ein Flüchtling getötet und zwei weitere Personen, unter ihnen der Hausmeister, verletzt wurden. Die Anwohner der hinter dem Hotel gelegenen Hüttenstrasse forderten zuletzt die Abschirmung ihres Garagenhofes durch eine Mauer, weil über den Hof die Anlieferung der Drogen abgewickelt würde. Sie würden endlich wieder ihre Garagen benutzen wollen, ohne belästigt oder bedroht zu werden. Die Stadt vollstreckt jetzt diesen Bürgerwillen.

Von den Flüchtlinge, die kaum jemand als Bürger dieser Stadt sieht, würden wir auf eine Frage nach ihren Anliegen wahrscheinlich nicht zu hören bekommen: "Ach, wir wollen doch nur in Ruhe mit Drogen dealen." Nur über ihre Interessen und ihre Lebenssituation wissen die meisten Celler wenig. Besinnen wir uns deshalb einmal auf die Ausgangssituation:

Über kurz oder lang wird jedes Asylbewerber-Sammellager zum Stein des Anstosses. Wie sollte es auch anders sein: Politik und Verwaltung schaffen zunächst alle Voraussetzungen für die Entstehung eines "sozialen Brennpunktes". Im ehemaligen "Hotel Stech" an der Harburger Strasse konzentrierte man Flüchtlinge mit unterschiedlichsten biographischen Hintergründen. Aktuell sind es 63 Personen aus 15 Nationen, Familien wie alleinstehende AsylbewerberInnen - gemeinsam ist ihnen eine gelungene Flucht aus Armut und Verfolgung in eines der reichsten Länder der Welt, gemeinsam war ihnen vielleicht die Hoffnung auf Sicherheit und Glück. Unterschiedslos aufgezwungen wird ihnen ein Leben in Enge, Armut und Unsicherheit. AsylbewerberInnen ist bekanntlich nicht erlaubt, auf "ehrliche Weise" ihren Lebensunterhalt zu bestreiten: Sie dürfen nicht arbeiten. Zugebilligt wird ihnen gemäss des Asylbewerberleistungsgesetzes nur ein Dasein unterhalb des

für Deutsche definierten Existenzminimums. Wundert sich wirklich irgend jemand ernsthaft, dass in dieser Situation von Armut und Unsicherheit viele, vor allem aber junge Männer den illegalen Weg des Gelderwerbs gehen. Und das heisst Kleinkriminalität in allen ihren Formen. Drogenhandel ist dabei der vergleichsweise ungefährlichste und einträglichste Weg.

Wer also 1+1 zusammenzählen kann, weiss, dass Sammelager für Flüchtlinge unter deutschen Bedingungen geradezu zwangsläufig Drogen-"Kriminalität" hervorbringen. Dies zu ändern, wäre ein Leichtes, würde man die Lebensbedingungen von Flüchtlingen verbessern: angemessene Wohnung, ausreichende finanzielle Leistungen, Arbeitserlaubnis, integrative Massnahmen wie Sprachunterricht. Nur genau das will man nicht, weil es dem gewollt abschreckenden und ausgrenzenden Charakter entgegensteht, der Flüchtlingen das Leben in Deutschland zu Hölle und den Deutschen ihre Stigmatisierung leicht macht.

Der Mauerbau wurde mit einer ganzseitigen Berichterstattung in der "Celleschen Zeitung" vorbereitet. Schon die Überschriften im Boulevard-Stil

SCHWARZ	WEISS
KAFFEE	TRINKER
BANANEN	FRESSER
KORINTHEN	KACKER
PFEFFER	SÄCKE
LAND	RÄUBER
MENSCHEN	JÄGER
WELT	MARKT



liessen Böses ahnen: "Behörden schauen weg: Prostitution, Rauschgifthandel und offene Gewalt" sowie "Offene Drogenszene in Celle / Der Staat versagt" titelte Dirk-R. Heuer, der sonst meist als PKK-Jäger unangenehm auffällt.

Unsere "Heimatzeitung" würde jeden Vorwurf einer rassistischen Berichterstattung weit von sich weisen, zumal sie zuletzt engagiert gegen die ausgrenzenden Praktiken der Diskothek "Inkognito" Stellung bezog, wo immer wieder Schwarze abgewiesen wurden. Ihr konkretes Eintreten war letztlich aber doch selektiv, denn die Empörung wurde hervorgerufen, zum einen weil in Heimatvereinen aktive Sportler, zum anderen von Deutschen eingeladene Besucher betroffen waren. Der Artikel über den Drogenhandel am "Hotel Stech" dagegen erfüllt alle Kriterien eines "impliziten Rassismus", wie ihn Hilke Ganzert im "Jahresbericht des AntiDiskriminierungsBüro Bielefeld" beschreibt. Das Phänomen bei der Berichterstattung über EinwanderInnen in Deutschland sei, dass sie zu fast 100 % Negativ-Berichterstattung ist. Das Bild von EinwanderInnen werde einseitig in negativer Form konstruiert: "Bei Gerichtssaalreportagen über angeklagte Flüchtlinge oder MigrantInnen fällt z.B. auf, dass häufig keine Hintergrundberichterstattung über Tatmotive, Lebensumstände usw. stattfindet. Stehen hingegen z.B. weisse Rechtsextremisten vor Gericht, werden ausführlich deren familiäre Hintergründe, ihre soziale Situation und weitere Begleitumstände beleuchtet. Diese Art der Berichterstattung erschwert eine produktive Auseinandersetzung mit dem Leben der EinwanderInnen. Die Folge ist ein verzerrtes, stereotypes Bild über Minderheiten in der Presse. Statt über Themen zu schreiben, die EinwanderInnen betreffen, z.B. Aufenthaltsrecht, Gesundheitswesen, Schulwesen oder Diskriminierung, stehen die Negativ-Topics Einwanderung, Drogen und Kriminalität im Vordergrund. ... Diese Negativ-Berichterstattung steht konträr zu einer durchweg positiven Selbstdarstellung der weissen Einheimischen, die als 'fair', 'tolerant' und 'fremdenfreundlich' präsentiert werden. Diese Strategie der Negativ-Darstellung der EinwanderInnen und Positiv-Darstellung der weissen Einheimischen fusst auf der Verleumdung des eigenen Rassismus. Es findet eine Polarisierung statt: Weisse sind 'fair' und 'tolerant' - EinwanderInnen dagegen 'kriminell' und 'heimtückisch'."

Eine knappe Analyse des Leitartikels wie des Kommentars in der "Celleschen Zeitung" bestätigt diesen Eindruck. Drei Akteure sind in den Artikeln von Dirk-R. Heuer auszumachen: Asylbewerber, Anwohner und Staat. Schauen wir kurz, mit welchen Attributen sie belegt werden:

Schon in der Überschrift und dem ersten Satz wird ein scheinbar zweifelsfreier Zusammenhang zwischen dem städtischen Flüchtlingsheim ("Rauschgifttreff") und "Prostitution, Drogenhandel, Schlägereien, Alkoholeszesse" hergestellt. Die Bewohner sind "Dealer",

"Dealer aus dem Kosovo", "Schwarzafrikaner". "Argwöhnisch" betrachten sie jeden Passanten, sie treffen sich "auf einem dunklen Garagenhof" mit ihren "Hintermännern", tragen "lange Messer und Schusswaffen am Mann", sie verbreiten "Müll" und "stören" mit "nächtlichen Trinkgelage(n)". Moralisch verurteilt werden die "Dealer aus dem Kosovo", die "warm und trocken in Deutschland" sässen und den Wiederaufbau ihres Landes "den geschundenen alten Frauen und Männern" überliessen. (Für die in Überschrift und Artikel behauptete "Prostitution" und "Vergewaltigung" liefert Heuer im übrigen nicht die Spur eines Belegs.) - Die Anwohner andererseits sind zwar "verärgert", fühlen sich "belästigt", "bedroht" und "gestört". Doch vor allem sind sie "tolerant", bringen "Verständnis" auf. Von ihnen seien "keine ausländerfeindlichen Parolen zu hören" - Gefordert ist der Staat. Nur leider haben Celles Behörden "kapituliert", "niemand fühlt sich so recht verantwortlich". Behörden "zögern", sind "nicht konsequent", auch die Justiz versagt und hinterlässt frustrierte Drogenfahnder.

Der Staat reagierte jedoch prompt. Noch am Tag des Erscheinens von Heuers Artikel führte die Polizei eine Razzia im Flüchtlingswohnheim durch. Die CZ titelte am Montag "Rauschgift und Waffen". Doch gerade für das Horror-Drogenszenario gab die Razzia wenig her. Gefunden wurde scheinbar nur in einem Zimmer ein von der Grössenordnung nicht näher bestimmter Bestand an Ecstasy-Tabletten. Auch bei den drei gefundenen Waffen bleibt die Berichterstattung so auffällig vage, dass kaum von Schusswaffen auszugehen ist. Wie so oft in Celle steht hinter dem metropolitanen Schauergemälde wieder eine vergleichsweise harmlose Wirklichkeit.

Weit weniger harmlos sind die Berichterstattung und das Handeln auf Seiten der Celler Politik und Verwaltung. "Das Phänomen Rassismus kann sich in der Gesellschaft nur aufrechterhalten," schreibt die schon zitierte Hilke Ganzert, "wenn es täglich von den Beteiligten reproduziert wird. D.h. Rassismus wird einerseits durch rassistische Praxen wie alltägliche Diskriminierung, andererseits durch die Verbreitung von Denkweisen, die diese Praxen vorgeben, akzeptieren und legitimieren, ständig neu erzeugt. Diese Weitervermittlung verläuft über die Sprache, über Kommunikation sowie über kognitive und symbolische Dimensionen." In Celle materialisiert sich diese symbolische Dimension: Die Mauer soll wieder aufgebaut werden, wieder gegen Flüchtlinge, wieder für die Staatsinteressen - dabei viel kleiner und auch anders. Aber eben typisch deutsch. (Drah)

Hilke Ganzert: Zur Rolle der Presse bei der Verbreitung und Reproduktion von Rassismus, in: Jahresbericht des AntiDiskriminierungsBüro Bielefeld

(<http://www.uni-marburg.de/dir/MATERIAL/DOKU/DIV/BIELEF7.HTML>)

Rechtsextreme FPÖ an der Macht!

Wien, 30. 1. 2000

Der Zug scheint abgefahren. Für die nächste Legislaturperiode wird Österreich von einem FPÖ-dominierten Rechtsblock regiert werden. Dabei ist es irrelevant, ob Jörg Haider selbst dieser Regierung angehört oder nicht. Die Politik dieser Regierung wird sehr stark die Handschrift der rechtsextremen FPÖ tragen.

In neuen Meinungsumfragen ist es auch genau diese FPÖ, die von der Regierungskoalition mit der konservativen ÖVP am meisten profitieren wird. Schon eine Woche nach dem endgültigen Scheitern der Koalitionsverhandlungen zwischen der "sozialdemokratischen" SPÖ und der ÖVP wird die FPÖ bei Umfragen stärkste Partei, während die ÖVP mit den Grünen um den dritten Platz kämpfen darf.

Die neuen Regierungsparteien - die sich wohl bereits während der Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP im geheimen abgesprochen haben - einigen sich seit ein paar Tagen mit atemberaubender Geschwindigkeit auf ein Regierungsprogramm, dessen bisher an die Öffentlichkeit gedruckenen Forderungen Schlimmes befürchten lassen. Im Justizbereich steht bereits fest, daß die jüngste - damals noch mit den Stimmen der ÖVP mitbeschlossene - Justizreform wieder rückfällig gemacht werden soll. Aber auch neue Verschärfungen im Rahmen eines Zero-Tolerance-Systems werden folgen. Wiederholungstäter sollen in Zukunft auch schon bei geringen Delikten wie Kaufhaus- oder Zeitungsdiebstahl jahrelange Haftstrafen ausfaßen können. Eine Reihe von FPÖ-Landesorganisationen preschen mit Vorschlägen für eine "Arbeitstherapie" für Drogenabhängige vor. Über den angeblichen Kampf gegen Kinderpornographie soll eine allgemeine Strafverschärfung bis hin zu "Lebenslang für Kinderschänder" vorbereitet werden. Die Definition für "Kinderschänder" ist dabei in Österreich mit einem "Schutzalter" von 18 Jahren für Schwule sehr "flexibel". Die Zahl der Gefangenen in Österreich wird sich mit solchen Verschärfungen innerhalb kurzer Zeit verdreifachen. Während aber kleine Straftaten in Zukunft schwerstens verfolgt werden sollen, wird die Wirtschaftskriminalität entkriminalisiert. Schließlich hat die FPÖ ihre eigene Klientel zufriedenzustellen. Die Abschaffung des Tatbestandes der "fahrlässigen Krida" steht bereits fest.

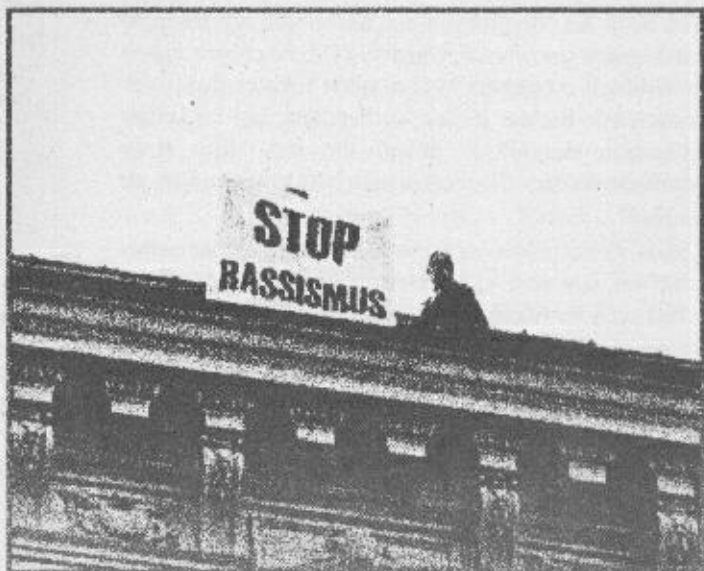
Auch im Sozialbereich wird eine solche Koalition für einen Kahlschlag sorgen. Verschiedenste Formen von Zwangsarbeit stehen ebenso zur Debatte wie eine Erhöhung des Pensionsalters. Sozialamter sollen in Zukunft Überschüsse erwirtschaften. Das geplante "Karenzgeld für alle" wird wohl mit einer schleichenden Abschaffung von Kindergär-

ten, Frauenhäusern, Beratungsstellen, etc. finanziert werden.

An den Universitäten sollen zukünftige Studiengebühren eingehoben werden. Das Frauenministerium wird abgeschafft, bzw. mit Alten, Jugend, Familie und Umwelt zu einem Generationenministerium verschmolzen. Die Harmonisierung von ASVG-Pensionen und Beamtenpensionen wird eine Nivellierung der Beamtenpensionen nach unten und keine Erhöhung der ASVG-Pensionen der ArbeiterInnen und Angestellten mit sich bringen.

Die - im internationalen Vergleich bereits sehr geringe - Medienvielfalt wird mit der Streichung der Presseförderung weiter eingeschränkt werden. Insbesondere die wenigen liberalen "Qualitätszeitungen" sind damit von der Einstellung bedroht. Der ORF - die Österreichische Fernseh- und Rundfunkanstalt - wird wohl wesentlich "marktgerechter" funktionieren. Eine Privatisierung des zweiten Fernsehkanals ist anzunehmen.

Ganz besonders werden aber jene unter der neuen Regierung leiden, gegen die sich die Hetze der FPÖ bereits in der Vergangenheit primär richtete: MigrantInnen und Flüchtlinge. Jörg Haider verspricht von seiten der künftigen Regierung eine "Nullzuwanderung". Stattdessen soll die österreichische Wirtschaft in Zukunft von billigen Saisonarbeitern, die nur kurzfristige Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen erhalten, dann sofort wieder das Land zu verlassen haben, am Laufen gehalten werden. Rechtlos und ghettoisiert werden diese Menschen kaum mehr fähig sein, sich zu organisieren und sich gegen Ausbeutung und rassistische Angriffe zu wehren. Gemeinsam mit jüdischen ÖsterreicherInnen werden es auch gerade MigrantInnen sein, die den "Volkszorn" der AnhängerInnen des



neuen Regimes am meisten zu spüren bekommen. Durch die neue Regierung werden sich wohl auch jene bestärkt fühlen, die ihr "Recht" in die eigene Hand nehmen wollen, und selbst gegen "AusländerInnen", Jüdinnen und Juden, aber auch gegen Lesben und Schwule, vorgehen wollen. Um diese Bevölkerungsgruppen einzuschüchtern, benötigt es deshalb gar nicht so starker staatlicher Maßnahmen, da die AnhängerInnen der FPÖ dieses Geschäft nun ungestraft selbst erledigen können.

Nur massivster Widerstand im Land, aber auch ebenso entschiedener Druck von Außen, kann in der derzeitigen Lage das Schlimmste verhindern. Beides benötigt vermutlich einen langen Atem. Wir rufen deshalb alle FreundInnen und GenossInnen in der Welt auf, gegen österreichische Stellen vorzugehen, zu protestieren und dieses Land zu boykottieren. Oekologische Linke-(Oe-KOLI) Revolutionsbrauho-f (RBH) Rosa Antifa Wien (RAW)

Leserbrief zu Skinhead-Prozess, 20.1.00

Gesinnung läßt sich nicht wegtherapieren !

Man stelle sich vor: zwei junge Männer mit bekanntermaßen rechter Gesinnung und schon einiger gerichtlicher Vorgeschichte (u.a. Verwendung von Symbolen verfassungsfeindlicher Organe) treten in alkoholisiertem Zustand bei einem ortsbekanntem "Althippie" die Tür ein, schlagen ihn zusammen und berauben ihr Opfer anschließend des Telefons, der Niedergeschlagene erliegt später seinen Verletzungen. Da ist nicht nur jemand zu Tode verprügelt worden. Da ist Hilfeleistung nicht nur unterlassen worden. Da ist dem Opfer auch noch die Möglichkeit zur Selbsthilfe mit Bedacht und Vorsatz genommen worden. (Die Nachbarn haben die Hilfeschreie gehört !) Und allen Ernstes denkt der Vorsitzende Richter in der Verhandlung am 20. Januar bei einem der Täter daran, ihn mit Hilfe eines Berufsabschlusses in die Gesellschaft zurückholen zu können!

Gewiss - eine problematische Kindheit ist ein schweres Schicksal, an dem viele Menschen zu tragen haben, sicher auch ist Alkoholismus eine Krankheit. Aber eine Gesinnung ist eine Gesinnung. Eine Gesinnung läßt sich nicht so eben mal einfach wegerziehen oder wegtherapieren.

Das Urteil im Escheder Skinhead-Prozess wird einiges aussagen können über die Ernsthaftigkeit mit der die bundesrepublikanische "Zivilgesellschaft" versuchen will, sich zu behaupten.

Günther Goldammer

Gute Zeiten - schlechte Zeiten

"Dazu kommt, daß mit Schröder ein Mann ohne Ideen angetreten ist, ein Medienzampano, der händeringend nach Leuten sucht, die ihn mit Ideen versorgen können, und sich zum Teil mit Figuren umgeben hat, die auch im Management für Boxveranstaltungen sein könnten."

Herbert Grönemeyer in einem Interview in der österreichischen Zeitschrift Profil vom 30.10.1999

„Wenn ich den Namen Schönbohm höre, könnt' ich 'nen Knüppel nehmen“

Regine Hildebrandt, ehemalige sozialdemokratische Sozialministerin in Brandenburg in der Berliner Morgenpost, 8.5.1995

"Links sein heißt kein Vaterland haben, nicht um einen nationalen Standort in der Welt rangeln, sondern denen, die in diesem System das Sagen haben, die Pest an den Hals zu wünschen."

Thomas Ebermann, ehemaliger Grünen-Politiker, laut Der Spiegel 48/1999

"Schwarz ist dem Roten heute gold"

Die Katholische Kirchenzeitung am 05.12.1999 zu Bundesminister Otto Schillys ablehnender Äußerung zum Grundrecht auf Asyl

"Dass die Gewerkschaften derzeit in Bonn kaum Gehör finden, ist nicht verwunderlich, wenn man registriert, in welche Richtung Kanzler Schröder "seine" SPD und die Politik der Bundesregierung momentan bewegen will. Die politischen Thesen des Schröder/Blair-Papiers sind ein Griff in die neoliberale Mottenkiste, eine Anleihe beim politischen Auslaufmodell FDP"

Tom Seibert, Celler DGB-Geschäftsführer in der CZ vom 17.08.1999

"Ein Minister sollte nicht nur dann zurücktreten, wenn die Medien ihn aufgrund eigenen Fehlverhalten dazu drängen, sondern insbesondere dann, wenn er mit der Politik seines Regierungschefs oder seiner Regierung nicht mehr einverstanden ist. Doch dies scheinen Teile der deutschen Öffentlichkeit völlig vergessen zu haben."

Oskar Lafontaine, ehemaliger Bundesfinanzminister der SPD in seinem Buch "Das Herz schlägt links"

"Die Grünen haben ihre Integrations- und Migrationspolitik machtpolitischem Kalkül geopfert. Allein das Thema scheint einigen in der Partei schon lästig." (...) Die Wahl der Grünen im Saarland könne er "nicht guten Gewissens empfehlen". Die Partei sei zu einer "Jobmaschinerie verkommen ohne programmatisches Profil".

Atti Özdemir, ehemaliges Mitglied im Bundesbeirat von Bündnis90/Die Grünen in seiner Austrittsbegründung in der taz vom 31.08.1999

"Demonstration bei Gelöbnis mit juristischem Nachspiel?"

Nach einer Transpa-Aktion ("Bundeswehrsoldaten sind Mörder", Nachtrag zu Revista Nr. 1) am Rande eines Gelöbnisses der deutschen "Menschenrechtler" in Winsen, stellten zwei ölliche Ratsmitglieder Anzeige wegen Volksverhetzung gegen einen der beteiligten AntimilitaristInnen. (CZ und Revista berichteten.) Die folgenden Ermittlungen wurden nun endgültig eingestellt. Nachdem schon Staatsanwaltschaft Lüneburg und der Generalstaatsanwalt keine Anklage erheben wollten, lehnte nun auch das Oberlandesgericht Celle, an daß sich einer der Anzeiger (H. Rüpke aus Winsen) wandte, um eine Anklage zu erzwingen, dies ab. Und zwar "auf Kosten des Antragstellers" und ohne Beschwerdemöglichkeit. Es war der Justiz wohl nicht wert, groß Ärger drum zu machen (und zu kriegen! Naja ...). Aus Dorfperspektive sieht das natürlich anders aus und in Winsen werden sich einige Leute ganz schön geärgert haben. (Abraxas)

Zwangsarbeiter in Celle Ein Verbrechen ohne Folgen?

Der Pole Henryk M. war erst 15, als er im Juli 1940 zu einem Bauern nach Altencelle kam, bei dem er bis Kriegsende arbeitete - 5 lange Jahre. Falls er noch lebt, soll er als ehemaliger Zwangsarbeiter stolze 5000,- DM als Entschädigung erhalten. Doch stop. Gar nichts erhalten werden Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft, denn sie waren in der Regel nicht in Lagern inhaftiert. Dies sieht der von der deutschen Wirtschaft nur unwillig akzeptierte Entschädigungsfond von 10 Mrd. DM vor.

Sklavenarbeiter sollen danach 15.000 DM erhalten, also z.B. die jüdischen Frauen, die in der Endphase des Krieges in den KZ-Außenkommandos in Unterlüß oder in Hambühren-Ovelgönne "wie Sklaven gehalten und zu schwersten Arbeiten eingesetzt wurden" (Nils Köhler in der CZ vom 8.1.00) Allerdings: "Viele überlebten dieses Martyrium nicht." Was würde wohl ein Deutscher - geschweige denn ein Vorstandsmitglied von Rheinmetall - fordern, wenn er für 5 Jahre nach Polen verschleppt würde und auf einem Bauernhof in Masuren schuften müßte? Bei guter Luft, Taschengeld und ausreichender Ernährung? Das 10fache, das 20fache oder doch eher das 30fache?

Mit dem Beginn des II. Weltkrieges hatten die ausländischen Arbeitskräfte die eingezogenen Soldaten an der Produktionsfront zu ersetzen. Über 11 Millionen Zwangs- und Sklavenarbeiter hielten die deutsche Wirtschaft in Gang. Zwischen 1939 und 1945

arbeiteten mindestens 22.000 (!) Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und Zivilarbeiter im Landkreis und der Stadt Celle. Halbwegs entlohnt wurden davon nur die gut 2200 freiwilligen Zivilarbeiter aus Westeuropa. Gut 8000 Zwangsarbeiter kamen allein aus Polen,

ZwangsarbeiterInnen in Celle

Diese Liste wurde am 21.12.1999 in der CZ veröffentlicht und beinhaltet Betriebe die im Dritten Reich ZwangsarbeiterInnen beschäftigten haben. Die Liste erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

CELLE KREIS: Weit mehr als 1500 Arbeiter in der Landwirtschaft in den Ortsbauernschaften.

CELLE: ITAG, Emmerich Baumschulen, Hostmann-Steinberg, Heeremuna Scheuen, Mitteldeutsche Spinnhütte, Berkefeld-Filter, Reichsbahn, Celler Kleinbahnen, Osthannoversche Eisenbahn, Notgemeinschaft Celler Kohlehändler, Tiefbauamt der Stadt Celle, Sägewerk Hellmann, Celler Brauerei, Be- und Entladekommando (für Opel-Mausser, Kornbrennerei Burwitz, Lederhaus Dallmann, Schuhmachermeister Auf der Heide, Resebrok, Vocke & Schmidt, Lucas & Brundiers, Reinecke, ITAG), Baugeschäft Marahrens, Karpathen Öl AG, Wehrmacht-Pferdestall, Heeresverpflegungsamt, Landwirtschaft. **BELSEN:** Müllabfuhr, Reinigungskolonie, Landwirtschaft. **BERGEN:** Seidenfabrik, Kohlenhandel, Koservenfabrik C.H. Meyer, Rahör, Holzsägewerk, Handwerk, Landwirtschaft. **EICKLINGEN:** Wintershall AG. **ESCHEDE:** Celler Isolierwerk, Marinesperrzeugamt in Eschede-Starkshorn, Handwerk, Landwirtschaft. **EVERSEN:** Celler Holzindustrie Luhmann & Harling. **FASSBERG:** Kieselgurwerke Oberohe, Fliegerhorst. **FLOTWEDEL:** Wintershall AG, Kontinentale Öl AG, Landwirtschaft. **HABIGHORST:** Lager Habighorster Höhe, Waldlager. **HAMBÜHREN:** Hauptluftmunitionsanstalt der DAF, Wintershall AG (Arbeiter vor allem in Ovelgönne untergebracht). **HERMANSBURG:** Landwirtschaft. **HÖFER:** Bergwerk Maria Glück, Alemagna Zementfabrik, Luftmunitionsanstalt Höfer. **NIENHAGEN:** Koller & Sohn, Wintershall AG, Gewerkschaft Elwerath, Haniel, ITAG. **OLDAU:** Lager I-Landheim, Lager II. **UNTERLÜSS:** Rheinmetall Borsig AG, Boswau & Knauer AG im Sägewerk, Forstamt. **WATHLINGEN:** Burbach Kaliwerk AG Wathlingen Niedersachsen, Herbert Sundermann Dampfsäge- und Hobelwerk, Sägewerk Zucker & Co. **WIETZE:** Raffinerie Deutsche Erdoel AG (heute RWE-DEA), Forstbaumschulen Rathe & Emmerich.

Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

mehr als 5300 aus der Sowjetunion. Sie konnten froh sein, wenn sie überlebten. Es gab kaum einen größeren Betrieb in Celle, der keine Zwangsarbeiter beschäftigte. Bei dem Rüstungsbetrieb Rheinmetall Borsig Ag in Unterlüß schufteten allein über 4000 Fremdarbeiter. In der Landwirtschaft arbeiteten 1500 und im Dezember 1944 waren es allein in der Stadt Celle 3045 Zwangsarbeiter.

Die große Mehrheit mußte schwerste Arbeiten verrichten und war in primitiven Lagerbaracken untergebracht: davon gab es im Landkreis 150 und 30 in der Stadt. "Prügelnde SS-Streifen gehörten zum Alltag." Verletzte ein Fremdarbeiter die nächtliche Ausgangssperre mußte er mit Auspeitschung rechnen. "Auch das Nichttragen des 'P'-Zeichens, eines Aufnähers zur Kennzeichnung als Pole, der ab März 1940 vorgeschrieben war, konnte mit der Prügelstrafe geahndet werden ... und längeren Arrest nach sich ziehen." In Unterlüß gab es zudem für solcherart unbotmäßige Zwangsarbeiter ein "Arbeitserziehungslager", das die Gestapo unterhielt. Bis zu 6 Wochen wurden sie dort interniert: "Schwerste Arbeit, Misshandlungen, primitive Unterkünfte und schlechte Ernährung führte zu zahlreichen Sterbefällen."

Von den knapp 20.000 Zwangsarbeiter, die während des II. Weltkrieges in Celle und im Landkreis ausgebeutet wurden, werden heute keine 10 Prozent mehr am Leben sein.

Ich bin gespannt darauf:

Ob eine der örtlichen Parteien den ganzen Komplex endlich zum Beratungsthema im Celler Stadtrat machen wird?

Ob die Stadt Celle sich an dem Entschädigungsfond beteiligen wird? (Wie es andere Kommunen tun, wie z.B. die Stadt Brandenburg mit 400.000,- DM)

Ob und welche hiesigen Firmen in den Entschädigungsfond einzahlen werden? Es wird eh nur ein Bruchteil von dem sein, was sie an den Zwangsarbeitern verdienten.

"Persönlich finde ich es beschämend", so der Celler Historiker Dr. Mijndert Bertram im Interview mit der CZ, "dass die deutsche Industrie sich an dem Entschädigungsfond im Umfang von insgesamt 10 Milliarden DM nur mit 5 Milliarden beteiligt, von denen sie die Hälfte auch noch steuerlich erstattet bekommt." Nach einer Untersuchung der "Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts" aus Bremen haben die deutschen Arbeitgeber ihren Zwangsarbeitern – auf den heutigen Wert umgerechnet – 180 Milliarden DM an Lohn vorenthalten. Rot-Grün und der wegen Bestechung vorbestrafte Graf Lambsdorff haben für die deutsche Wirtschaft einen der größten Deals der Nachkriegsgeschichte hinbekommen. – (Aloys)

Quellenhinweis: 1.) Nils Köhler in Cellesche Zeitung vom 8.1.2000 2.) CZ vom 21.12.99, Interview mit Dr. M. Bertram

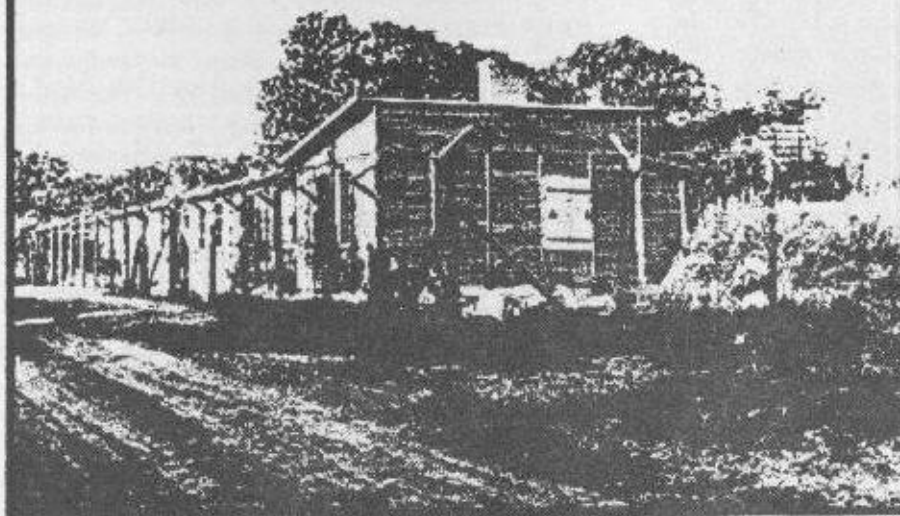
SPD streicht Hausaufgabenhilfe

Pünktlich zum Jahresanfang 2000 hat die SPD-Landesregierung die Zuschüsse für die Hausaufgabenhilfe ersatzlos gestrichen. Seit 12 Jahren bot die Arbeiterwohlfahrt (Awo) die Hausaufgabenhilfe in etlichen Gemeinden des Landkreises Celle kostenlos an. Zuletzt waren es 16 Gruppen mit insgesamt 181 SchülerInnen an acht Grundschulen, zwei Orientierungsstufen und sechs anderen Schulformen. In einer Gruppenstärke von etwa 10 konnten die Kinder dort ihre Hausaufgaben

machen – an 2 Tagen in der Woche für 2 Stunden mit Hilfe einer Fachkraft.

Von den 181 SchülerInnen sind 137 (75 %) "ausländische" Kinder, 23 Aussiedlerkinder und 44 "deutsche" Kinder. Die Kinder kommen aus kinderreichen Familien, von Alleinerziehenden und eben armen Familien, dort wo die Wohnungen eng sind, die Eltern nicht helfen können und kein privater Nachhilfeunterricht bezahlt werden kann. Der Bedarf ist groß. Neue Gruppen konnte die Awo schon länger nicht mehr einrichten, weil die Landesregierung die Mittel seit Jahren kürzte. Zum 31. Dezember war endgültig

Lager franz. Kriegsgefangener in der Celler Kampstrasse
Wahrscheinlich waren die Gefangenen zu Arbeiten in
Pferdeställen eingesetzt.



Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

Schluss. Für etliche der Kinder ist damit ihre schulische Perspektive noch aussichtsloser. Aber was schert einen schon das Schicksal von Kindern armer Familien, wo es doch um "die neue Mitte" geht. - (Aloys)

Sonderausstellung in Bergen-Belsen

Bis Ende März läuft in der Gedenkstätte Bergen-Belsen eine Sonderausstellung zu dem österreichischen Konzentrationslager Mauthausen. Die Gedenkstätte ist täglich von 9.00 bis 18.00 Uhr geöffnet.

In einer Fotografie-Ausstellung wird die Besonderheit des Gedenkens in Mauthausen aufgezeigt: In Mauthausen gibt es heute 21 Skulpturen, zahlreiche noch vorhanden Baracken und die sogenannte "Todestreppe". In Mauthausen - neben den dortigen Granitsteinbrüchen - wurden zwischen August 1938 und Mai 1945 rund 200.000 Menschen inhaftiert. 35.000 Menschen wurden durch Zwangsarbeit, Züchtigungen und mangelnde Ernährung getötet. - (syo)

5 Jahre Haft für Escheder Neo-Nazis

Am 25.01.2000 war der vierte und letzte Verhandlungstag und die beiden Skins, die für den Tod von Peter Deutschmann verantwortlich sind, wurden zu je 5 Jahren Haft verurteilt.

Die Staatsanwältin änderte ihre Anklage von Totschlag auf schwere Körperverletzung mit Todesfolge, da die 17 und 18-jährigen Angeklagten das "hohe" Gericht davon überzeugten, daß sie den Tod Peter Deutschmanns nicht in Kauf genommen hatten bei ihrem Überfall, sondern daß die "Sache dann viel schlimmer aussah, als sie sich das gedacht hatten".

Die beiden Angeklagten, Marco Siedbürger und Johannes Kneiffel, haben am 09. August 1999 den 44-jährigen Peter Deutschmann in dessen Wohnung überfallen, geschlagen und so brutal zusammengetreten, daß dieser an den Folgen "jämmerlich gestorben" sei und "dreieinhalb Stunden in Todesangst um Luft rang", so die Staatsanwältin.

Die Anwälte der beiden Angeklagten hatten der Tatbeschreibung und Beurteilung nichts entgegenzusetzen, sie wollten lediglich eine geringer Strafzeit herausholen, worauf sich aber der Richter nicht einließ.

Ganz wohltuend war, daß der Anwalt Siedbürgers zu Beginn seine Plädoyers erstmal über das Opfer sprach. Wohlthuend war es deshalb, weil Peter Deutschmann bisher nur als Objekt der Ermittlungen Erwähnung fand. Es ging um seinen Körper, seine evtl. Vorerkrankungen etc. aber kaum über seine Person. So erführen



Stammwitz (links) und Pollek (rechts) bei völlig unpolitischer Freizeitgestaltung

die Zuschauenden, daß Peter Deutschmann früher DJ in der ehemaligen Diskothek "Freedom" in Altenhagen war, daß er seinen Spitzname Hippy wohl zu recht trug, da er aus der sog. Hippy-Generation kam, daß er Siedbürgers ausländerfeindlichen Sprüchen stets verbal, also völlig gewaltfrei, entgegentrat und daß er immer ein silberfarbenes Kreuz um den Hals trug. Das ist nicht viel.

Die Täter, auch darüber waren sich alle einig, sind zwar Skinheads aber ihre Tat war angeblich nicht politisch begründet. Als Beweis sollte wohl dienen, daß Siedbürgers Anwalt behauptete, daß er weder Kinderschänder noch Neonazis verteidigen wollte, doch dann kam Siedbürger und beharrte auf ihn als Anwalt. Das war übrigens bereits bei einer vorherigen Geschichte. Als weiteren Beweis führte er noch mal eine Befragung Siedbürgers durch, bei der deutlich werden sollte, wie ideologisch ungesteuert er doch ist. Seine Dummheit sollte also quasi als Beleg dienen, daß die Tat keine politische war. Dieselbe Befragung blieb bei Kneiffel aus. Er wurde ja auch stets als der Gymnasiast mit dem hohen IQ dargestellt, da hätte die Befragung ja vielleicht auch nach hinten losgehen können. Aber beide wurden sie als Jugendliche vorgestellt, die keinen Halt in der Familie fanden und diesen dann in der Skin-Gruppe suchten, also die übliche Version der verwirrten und verirrten Jugendlichen. Die Gruppe ist

Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

schlecht, dort kommen sie mit Rechten und deren Gesinnung in Berührung, aber deren einzelne Mitglieder, zumindest die beiden Angeklagten, sind nur Dummköpfe - eigenartig

Siedbürger wurde durchaus eine hohe Gewaltbereitschaft attestiert, das ging auch aus den bisherigen CZ-Artikeln hervor, doch Kneiffel schien in dieser Richtung noch nicht so aufgefallen zu sein. Siedbürger sagte selbst über seinen Kumpel, er hätte ihn noch nie so gewalttätig gesehen, wie an dem Abend des Überfalls. Auf der anderen Seite erfuhr man, daß Kneiffel in ein Internat zur Schule ging, weil er von seiner Familie getrennt werden mußte, da seine Geschwister Angst vor ihm hatten. Auch erwähnte der Richter, daß er, sowie Siedbürger und der im Publikum sitzenden Sven Grabow sich bei einer früheren Gelegenheit schonmal aufgeführten hatten "wie die Säue".

Im Publikum saßen neben Grabow noch seine Freundin Sonja Heidmann sowie die "Kameraden", Stammwitz und Pollek. Zu Stammwitz machte die Staatsanwältin noch eine Bemerkung in der Richtung, daß gegen ihn eine Ermittlung wegen Falschaussage eingeleitet wird. (mm)

Klaus unplugged

Mitte Januar machte die "Freie-Nationale-Jugend-Celler" im Gästebuch der PDS-Homepage für sich Reklame, hetzte über die Celler PDS-Europa-Abgeordnete Felcknas Uca und verabschiedete sich mit: "frei - sozial - national".

Na, vielen Dank für den Tip, vielleicht hätten wir sonst die Celler Nazi-Homepage glatt übersehen. So hatten wir noch die Möglichkeit uns das Machwerk des Celler Neonazis Klaus Hellmund anzuschauen, bevor er die Seiten wieder dicht machen mußte (ooooohh)

Die Macher waren durchaus bemüht ihre Seiten optisch ansprechend zu gestalten, allerdings befanden sie sich noch im Aufbau. Neben der Startseite gab es die Rubriken "Wir über uns", "News" mit den Unterpunkten "Zeitungsbericht" und "Kommentar" (noch nicht fertig), "Berichte" mit den Unterpunkten "Linke Treffpunkte in Celler", "Freier Verkauf von Drogenzubehör" (noch nicht fertig) und "Kurdische Zentren in Celler" (noch nicht fertig), "History" (noch nicht fertig), "Wichtige Termine, Passwortgeschützt" sowie "Gästebuch".

Unter "Wir über uns" erfährt, oh, pardon erfuhr die Leserschaft, daß es sich bei der

"Freien Nationalen Jugend" um eine Kameradschaft aus dem Großraum Celler/Hannover handelt, die nicht in Parteien oder Gruppierungen organisiert ist (ist eine Kameradschaft keine Gruppierung?), da sie "die Ansicht vertreten, daß die Mitgliedschaft in legalen und illegalen Organisationen ... angreifbar und überwachbar macht". Sie verabschiedeten sich "Mit altbewährtem Gruß!"

In der Abteilung "News" werden Termine angekündigt, dabei machen sie ihrer Benennung als Ewig-Gestrige alle Ehre, da sie einen Demo-Termin für den 29.01.99 ankündigen. Sie werben an dieser Stelle für die Teilnahme an den Demos in Göttingen (wurde verboten), für Berlin und weit vorausplanend für den "2. Tag des Nationalen Widerstandes" am 27.05.00 in der Passauer Nibelungenhalle.

Unter "Zeitungsbericht" ist der HAZ-Artikel von Heinrich Thies "Haut den Roten auf die Pfoten" vom 20.12.99 zu finden, in dem es u.a. um sog. "Freie Kameradschaften" geht, der in Ahsbeck lebende Michael Homeister als Kopf der Celler Kameradschaftsszene bezeichnet wird, kurz Eschede angesprochen wird und der Bogen gespannt wird vom "Stahlhelm" über den Ex-RAF-ler Horst Mahler bis zur "Anti-Antifa". Nicht ohne im letzten Absatz unerwähnt zu lassen, daß aus Sicht des Verfassungsschutzes nicht selten die Gewalt von militanten Antifaschisten selbst ausgeht. Da wird den Nazis ja quasi auf dem goldenen Tablett die Ausrede für ihre Gewalttaten von offizieller Seite serviert. Kein Wunder, daß so ein Artikel auf einer Nazi-Homepage zu finden ist!



Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

Die umfangreichste Seite, die fertig und lesbar war, war mit "Linke Treffpunkte in Celle" getitelt, dabei ging es ausschließlich um das Bunte Haus. Sie schreiben zwar von "Nachforschungen", dennoch zeugt der "Artikel" von einem fundierten Viertelwissen. Das macht auch nichts, sollen sie doch denken was sie wollen. Ob aber z.B. der Kinderzirkus Knalltüte mit der Darstellung als "mißlungener Versuch" der Antifa "ihrer Arbeit ein menschenfreundliches Antlitz zu geben" einverstanden ist, kann bezweifelt werden. Bei der Beschreibung des Kinos 8-1/2 offenbart Klaus Hellmund hemmungslos seine faschistische Gesinnung. Im reinsten Nazi-Jargon war zu lesen: "Das Kino 8-1/2 führt immer wieder eindeutig deuschenfeindliche Filme auf, natürlich kommen auch andere asoziale und perverse Subjekte (Schwule, Lesben und Emanzen), mit entsprechenden Filmen auf ihre Kosten."

Zur Ergänzung waren noch einige Bilder vom Kasernegebäude, auch vom Bunten Haus eingefügt. Auch Fotos von der Antifa-Demo vom März '97 gegen die Kriminalisierung des Antifaschistischen Widerstands /Hetendorfer Tagungswoche waren zu sehen.

Last but not least noch das Gästebuch: am 13.01.2000 Grüßte "Blood & Honour Hannover" mit folgendem Text: "Tolle Seite, Macht weiter so! 88".

Am 20.01.2000: "Heil Euch! Schöne Grüße von den 77-ern aus Langenhagen. 14/88 Eure EDDA"

Drei Tage später war dann das Gejammer groß: "Leider haben anarchistische Elemente unsere e-Mail Adresse mit Webmüll lahmgelegt, aus diesem Grunde könnt Ihr uns leider nicht mehr erreichen". Am selben Tag, wenig später: "Diese Homepage ist vorübergehend geschlossen!", welch schöne Mitteilung!! An dieser Stelle einen herzlichen Dank den als Anarchisten bezeichneten Computerleuten, die Klaus Hellmund zum Aufgeben gebracht haben. Wie habt Ihr das nur wieder hinkommen!!!

(Ergänzung: seit Anfang Februar ist die Seite wieder zu "bewundern", allerdings ohne email-Kontaktadresse und mit verändertem Outfit.) (mm)

Anzeige:

STERN AUGE

Schmuck der unter die Haut geht!

Body-Piercing

STEFFILD-ORN

Piercingsschmuck inkl. Anbringung
Krawatten und Headshopartikel
Henna-Art und Science Fiction

... immer eine persönliche Note

Tel 0172-512 5142

Am Heiligen Kreuz 15, 29221 Celle City, 05141-217 417

Verharmlost Politik die neofaschistische Gefahr?

Informations- und

Diskussionsveranstaltung mit Ulla Jelpke

Auf Einladung der Politik-VV des Bunten Hauses kommt am Freitag, den 3.3., die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke nach Celle. Ulla Jelpke ist seit 1968 in der Linken aktiv, zunächst in der autonomen Frauenbewegung, später in der Umweltbewegung. Zwischen 1981 und 1989 war sie zweimal für die Grün-Alternative Liste (GAL) in der Hamburger Bürgerschaft. Seit 1990 ist die für die PDS im Deutschen Bundestag und dort innenpolitische Sprecherin der Fraktion.

Anlass für die Einladung Ulla Jelpkes war der Escheder Skinhead-Mord, der einerseits eine erschreckende gesellschaftliche Gleichgültigkeit offenbarte, zum anderen auch wieder Verharmlosungsstrategien deutlich werden liess - der politische Hintergrund und Charakter der Tat wird weitgehend verleugnet. Damit wird auch die Bundestagsabgeordnete immer wieder konfrontiert. Regelmäßig stellt sie z.B. Anfragen zu rechtsextremistischen und antisemitischen Straftaten (siehe Kasten). Dabei musste sie feststellen, dass viele rechtsextremistische Taten in den Antworten der Bundesregierung gar nicht erfasst sind, weil Polizei und Justiz immer noch Täter als "unpolitische Einzelgänger" verharmlosen. So gehört der in Eschede von Skinheads erschlagene Mann nicht zu jenen drei Toten, die Rechtsextremisten laut Regierungsstatistik 1999 zu verantworten haben. Kritik übt Ulla Jelpke an der Bundesregierung: "Bürgerinitiativen, antifaschistische Gruppen und jüdische Organisationen werden von der Politik auch unter Rot-Grün bei der Abwehr der braunen Angriffe weiter allein gelassen. Das schon 1998 angekündigte Bündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt ist bis heute eine leere Phrase. Die für Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus im Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel bleiben auf lächerlich niedrigem

Niveau." Rassismus und Neofaschismus würden in Deutschland immer mehr an Boden gewinnen, wobei die herrschende Politik durch Denunziation und Kriminalisierung von Menschen anderer Herkunft aktiv zur Ausbreitung rassistischen Gedankengutes beitragen würde.

Die Veranstaltung mit Ulla Jelpke muss leider ausfallen. Ein neuer Termin wird später bekanntgegeben.

CELLER ALLTAG IM FASCHISMUS



- LEBEN IN DER BLUMLAGE

Teil 6

Von Reimar Bahr u.a./Bearbeitet von RWLE Möller

Dem folgenden Text liegt eine Arbeit von drei Hölty-Schülern aus dem Jahr 1981 zugrunde, die sich damit am Schreibwettbewerb "Alltag im Nationalsozialismus" der Hamburger "Körper-Stiftung" beteiligten. Der interviewte Paul Schang war Herausgeber der kommunistischen Zeitung "Das rote Sprachrohr", Betreiber des "Arbeiter-Radios" und Leiter des Jugendverbandes der Celler KPD. Nach dem Krieg arbeitete er als Platzwart bei TuS Celle und starb am 23.3.1985.

Die Revista-Redaktion hält das Dokument für so informativ, daß es weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden sollte. RWLE Möller hat den Text überarbeitet und statt mancher Kürzel, wenn möglich, die betreffenden Namen eingesetzt.

Auch in der Masch fassen die Nationalsozialisten zunehmend Fuß. "Die ersten, die die Hakenkreuzflagge heraufhängten, waren die Welfen, die Deutsch-Hannoveraner." Eine Atmosphäre der Begeisterung greift um sich. Paul. "Bei gutem Wetter saßen die Leute in der Masch nach Feierabend lang die Straße hinunter und haben geklönt. Nach '33 wurde aber immer erst geguckt und sich gefragt: Na, kannst du hier überhaupt noch etwas sagen? Da waren nämlich immer wieder Leute dabei, die wären gleich zur Polizei gegangen. Wir hatten eine Nachbarin, die hat abends im Hof gestanden und gelauscht, was bei uns im Wohnzimmer gesprochen wurde. Sie war Mitglied in der NS-Frauenschaft, und einmal hat sie unserem Hauswirt gegenüber geäußert, daß sie es nicht mehr lange mit anhören könne, was da bei uns alles so geredet würde."

1934 begann allgemein der Kampf der NSDAP gegen "Wähler, Miesmacher und Biertisch-Stänkerer".

Entgegen seinen Problemen bei der Arbeitsplatzsuche hat Paul im politischen Bereich nach der Haftentlassung keine Schwierigkeiten, erneut Anschluß an einen Kreis Gleichgesinnter zu finden. Seine Brüder Harry und Heini sind im Mai bzw. Juni 1933 aus der

Schutzhaft entlassen worden. Als Paul nach Celle zurückkehrt, haben sie zusammen mit Bruder Ernst und den verbleibenden Genossen bereits wieder die illegale Parteiarbeit organisiert. Harry und Heini stehen unter Polizeiaufsicht. Sie haben nach 22 Uhr Ausgangssperre und sind verpflichtet, sich jeden Freitag bei der Polizei zu melden.

Das Ende der Illegalität kommt im Oktober 1934. Im Zuge einer Verhaftungswelle wird Heini am 18.10. festgenommen. Seine Brüder Harry und Ernst folgen am 21.10.

Der zweite große Prozess gegen Celler Kommunisten vor dem bereits in Zusammenhang mit dem ersten Prozess erwähnten Berliner Kammergericht findet im April 1935 in Hannover statt.

Pauls Brüder berichten später von Mißhandlungen während der Untersuchungshaft. "Man hat sie alle miteinander halb bewußtlos geprügelt." Heini wird zu dreieinhalb Jahren und Ernst zu 21 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Die verbliebenen Celler Genossen treten in den folgenden Jahren nur noch vereinzelt mit Aktionen an die Öffentlichkeit. So planen sie am 1. Mai 1935 eine Kranzniederlegung am Grab eines gewissen Fritz S. [Friedrich Spann], der 1922 als politischer Häftling im Celler Zuchthaus verstorben ist. Den von Efeu überwucherten Grabstein ziert ein Sowjetstern sowie Hammer und Sichel. Der Friedhofswärter kann Paul und seine Genossen von dem Vorhaben mit dem Argument abbringen, daß durch eine Kranzniederlegung die Aufmerksamkeit auf das bisher unbeanstandete Grab gezogen würde und es dann nur noch eine Frage der Zeit bis zur Schleifung des Grabes durch die Nationalsozialisten sei.

Obwohl die Celler KP nach den Verhaftungen vom Oktober 1934 nun endgültig zerschlagen ist, gibt es weiterhin einen Kreis von Leuten, mit denen man "offen reden kann". Paul. "Wir sind oft zu Diskussionsrunden zusammengekommen. Wegen der Bespitzelung mußte man ständig mit Polizeieinsätzen rechnen. Deshalb hatten wir als Tarnung immer Kreuzworträtsel und Schachspiele dabei. Eine Zeitlang haben wir uns auch in einem Schrebergarten getroffen. Das war unsere Erdbeerzeit. Die Vorsichtsmaßnahmen waren notwendig. Traf

man sich beispielsweise zu regelmäßig bei einer Person, bestand die Gefahr, daß Nachbarn ihre Beobachtungen meldeten. Da gab es auch einen K.[Knoop], dem eine von Fußgängern stark benutzte Privatbrücke über die Aller gehörte [die damals hölzerne "Pfennigbrücke"; M.]. Er saß vorne in einem Häuschen und kassierte von jedem Passanten zwei Pfennig. Wer häufig über die Brücke ging und in irgendeiner Weise auffällig war, den meldete er bei der Polizei.

Als weiteres konkretes Denunziationsbeispiel aus dieser Zeit erinnert sich Paul an den Fall der vier ehemaligen Sozialdemokraten, die in einer Blumläger Gastwirtschaft beim Bier über die politische Lage diskutierten. Ein Gast belauscht das Gespräch, glaubt darin "wählerische" Tendenzen feststellen zu können und informiert die Gestapo. Die vier Männer, unter ihnen der ehemalige Bürgervorsteher P.[?], werden aus dem Lokal heraus verhaftet, nach einigen Tagen jedoch wieder freigelassen.

Als im März 1935 im Deutschen Reich die allgemeine Wehrpflicht wiedereingeführt wird, sieht auch Pauls Jahrgang zur Musterung an. Unter den Aufgerufenen befindet sich auch ein ehemaliger Genosse. Er wird für tauglich befunden, ist aber wegen seiner politischen Vergangenheit nicht wehrwürdig. Für derartige Fälle hält der Musterungsausschuß ein vorformuliertes Gesuch an den Führer zur Wiedererlangung der Wehrwürdigkeit bereit. Der zukünftige Rekrut brauchte es nur abzuschreiben und zu unterzeichnen.

Paul braucht aufgrund seiner Behinderung keinen Wehrdienst abzuleisten. Er widmet sich seinen Gelegenheitsarbeiten und unterstützt nach Kräften seine Eltern. Einmal wöchentlich bringt er die von seinem Vater gebundenen Besen zu Abnehmern in Hannover und Celle. Bei den Betrieben und Behörden, die Paul zu beliefern hat, hängen nun große Tafeln mit der Aufforderung zum Deutschen Gruß aus.

1936 fällt er wegen einer Hitlergrußverweigerung bei den Celler Stadtwerken auf. Der Vorfall bleibt ohne Folgen, da sich ein Bediensteter für ihn bei der Geschäftsleitung einsetzt.

Bei den Sichelwerken in Hannover muß sich Paul im gleichen Jahr wegen seines Namens fragen lassen, ob er denn auch arisch sei. Liegen Belieferungen von Firmen in Hannover an, so hat Paul die Angewohnheit, bei einem bestimmten Bäcker eine Pause einzulegen. Im Verlauf des Jahres 1936 verschwindet die ansonsten im Laden

bedienende Bäckersfrau plötzlich. Ihr Mann vertraut Paul an, daß sie zu einem halben Jahr Lagerhaft verurteilt worden ist. Sie hatte gegenüber Hitlerjungen, die für das



Winterhilfswerk sammelten, die Frage gestellt, wann diese Bettelei wohl einmal aufhören werde.

Was diese Frau als Bettelei empfindet, sind die ständig für verschiedenste Zwecke von den Nationalsozialisten durchgeführten Sammlungen.

Ab 1936 findet sich im Süden von Celle (Waldweg) ein weiterer Kreis dem Regime kritisch gegenüberstehender Bürger. Es sind vorwiegend kommunistische Arbeiter. Die Gruppe hat auch eine soziale Funktion, dadurch, daß man sich gegenseitig Hilfe leistet. Als z.B. ein Genosse bei einem Arbeitsunfall ums Leben kommt, unterstützt der Kreis die Hinterbliebenen mit Geldspenden. Auf diese Weise kann für die Tochter des Toten eine Konfirmationsfeier ausgerichtet werden. An einen von Pauls Brüdern, der im Moorlager Twiste inhaftiert ist, werden Lebensmittel gesandt.

Treffen sich zu dieser Zeit Celler Kommunisten auf der Straße, so besteht ihr Gruß aus der Faust, mit der man sich das Auge reibt. Paul: "Es war eine Art Erkennungszeichen. Wenn jemand so grüßte, signalisierte er damit, daß er noch dazu gehörte."

Bei den Nationalsozialisten wird das Grüßen von Partioberen, Marschkolonnen, Fahnen und Ähnlichem zum obligatorischen Zwang. Paul: "Grüßte man z.B. die Fahne einer durch die Stadt marschierenden HJ-Kolonnie nicht mit 'Heil Hitler' und erhobener Rechter, so galt dies als Mißachtung. Wer nicht grüßte, wurde von Passanten, die man an ihren 2-Mark-Stück-großen Abzeichen als Parteigenossen erkennen konnte, geschlagen. Ich habe so etwas einige Male in Celle gesehen. Später bin ich dann immer ausgewichen, wenn ich nur eine Uniform oder eine Fahne sah. - Ansonsten blieben viele der alten Grüße."

Einmal hört Paul von einer Begebenheit, in der sich ein Nationalsozialist in dieser Frage anpaßt.

"Der Kriminalbeamte K.[Otto Knepel], mit dem ich viel zu tun hatte, baute sich in der Dörnbergstraße ein Haus. Die Bauarbeiter waren alles alte Gewerkschafter. Als K. einmal mit Änderungswünschen kam und 'Heil Hitler!' grüßte, gingen die Maurer auf sein Anliegen einfach nicht ein. Er kam dann am nächsten Tag mit einem Kasten Bier wieder und grüßte mit 'Guten Morgen!'. Prompt wurden seine Änderungswünsche zur Kenntnis genommen."

RWLE

Fortsetzung folgt

Anzeige:

Fragen zu Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst?

Wir helfen weiter.

Beratung jeden Donnerstag zwischen 17 und 19 Uhr
im Bunten Haus (Gelände der CD-Kaserne)

Eine Liste mit Zivildienststellen in Celle gibt's auf der
Homepage: <http://www.bunteshaus.de>

“Meines Erachtens kann man das nicht Demokratisierung nennen...”

Interview mit Hans Branscheidt von der Menschenrechtsorganisation Medico international über die politischen Entwicklungen in der Türkei, über die Aussichten für eine Lösung im Kurdistan-Konflikt und über den Beitritt der Türkei in die Europäische Union.

-Die PKK hat ab dem 1. September 1999 den Rückzug ihrer bewaffneten Verbände aus den türkischen Gebieten Kurdistans begonnen -Ein Resultat der militärischen Unterlegenheit- Der Vorsitzende der PKK Abdullah Öcalan sitzt in türkischer Haft -zum Tode verurteilt.

Die Türkische Regierung hat jegliche Gesprächsbereitschaft mit der PKK -oder ihren Unterorganisationen- abgelehnt. Ist die PKK politisch gescheitert? Welche Möglichkeiten sind Prokurdischen Organisationen und den europäischen Solidaritätsgruppen geblieben politisch zu intervenieren?

Das ist so eine schwerwiegende Frage, daß ich in ernsthafte Schwierigkeiten komme, darauf antworten zu können. Denn die PKK hat tatsächlich, wenn man die Beteiligten untersucht - auf der einen Seite die Türkische Regierung, auf der anderen Seite die PKK, das Zentralkomitee und der Präsidentialrat- dann sind Maßnahmen von Bedeutung tatsächlich nur von der einen Seite getroffen worden. Die PKK sagt nicht nur und sie wiederholt es jede Woche gegenüber allen, die es hören wollen und denen die es nicht hören wollen- daß sie die Waffen niederlegt, sondern darüber hinaus begrüßt sie neuerdings den Türkischen Staat - nicht nur, daß sie dessen gesamten Verfassungsrahmen und die territorialen Bedingungen akzeptiert, sondern sie versucht sogar dem Kemalismus Reformzüge abzugewinnen. Bezeichnender Weise gab es einen Tag nachdem sich die Regierungskoalition getroffen hat, um über das Todesurteil an Abdullah Öcalan erneut zu beraten (12.01.00), eine Erklärung von Öcalan, der sich sehr dafür bedankte, wie sich die türkische Regierung bzw. die Parteien verhalten haben. Das Todesurteil wird keineswegs aufgehoben, sondern sie sind lediglich bereit, das Urteil des europäischen Gerichtshofes erstmalig abzuwarten. Öcalan sieht darin, wie immer, eine gute Tendenz und spricht sich dafür aus, daß die Türkei sich demokratisieren müsse, während die andere Seite überhaupt nichts tut -bisher. Manche sagen, das Öcalan-Verfahren ist, wenn man die Gepflogenheiten der Türkei kennt, schon fast ein demokratisches Ereignis gewesen. Es gibt ehemalige Militärgeneräle, die sich vorsichtig ausgedrückt haben, zu einer Art Kompromiß zu kommen. Selbst wenn man all diese Dinge zusammenzählt, dann hat sich trotzdem nichts verändert. Das Amnestiegesetz, von dem die Rede war, ist kein Amnestiegesetz. Vor allem alle diese kleinen und bisher unbedeutenden Schritte gelten,

wenn überhaupt, auch nur für den Westen der Türkei, in den kurdischen Gebieten wird nach wie vor mit Sondervollmachten regiert, herrschen nach wie vor Sondergesetze und der Supergouverneur ist Herr über Leben und Tod. Wenn man sich einfach nur tägliche die Liste der Repressionen und der Gewalttaten anschaut, die nach wie vor in jedem kleinen kurdischen Dorf, in jeder kurdischen Stadt stattfinden, dann merken die dort lebenden Menschen keinen Unterschied zum Vorjahr, denn für sie hat sich nichts geändert.

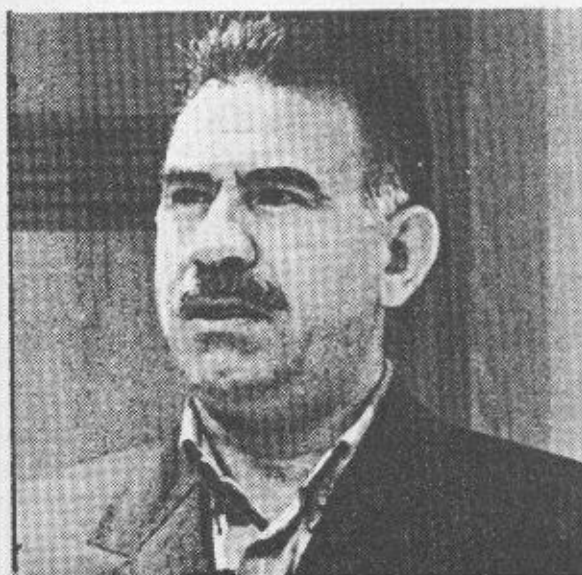
Dennoch ist es falsch zu sagen es täte sich nichts, es verändert sich etwas anderes: Meines Erachtens kann man das nicht eine Demokratisierung nennen, die sich ereignet, sondern es gibt sicherlich Interesse daran eine Modernisierung in der Türkei durchzuführen. Das ist ganz wichtig und hängt sicherlich mit den politischen Interessen derer zusammen, die auch die Anbindung der Türkei an die EU betrieben haben. Das ist in erster Linie die USA, die auch auf den deutschen Außenminister ganz persönlich, in ganz langen Gesprächen, Druck ausgeübt hat, um endlich grünes Licht zu geben der Türkei den Status als Beitrittskandidaten zu ermöglichen. Was wird gemacht werden? Der IWF (der Internationale Währungs Fonds) hat 4Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt und zwar eindeutig mit dem Titel "Modernisierung der Türkei". Sie sagen damit folgendes: Die Türkei ist so nicht haltbar wie sie bisher gewesen ist. Wenn der größte Teil des Staatshaushaltes in den Militäretat fließt, dann ist so etwas einfach nicht mit den Kriterien des IWF vereinbar -das muß weg. Die Inflationsrate muß gesenkt werden.

Natürlich muß ein Teil der Steuern, die bisher eingenommen wurden zukünftig in die Infrastruktur gesteckt werden. Also müssen solide Finanzen geschaffen werden. Dazu braucht man in der Tat auch eine gewisse Art der Veränderung des politischen Systems. Es müssen Formen einer effizienteren Verwaltung her, eine Verwaltung, die auf Rentabilität schaut, die strikte Geldpolitik macht. Diese IWF Maßnahmen werden dazu führen, daß sich die soziale Lage für alle in der Türkei lebenden gravierend verschlechtert d.h., daß dort nichts anderes gemacht wird als eine neoliberale Politik, die anderswo auch stattfindet: Eine Politik des teuren Geldes, das Geld aufwerten, gegen die Inflation arbeiten, Rationalisieren, keine staatl. Zuschüsse und Subventionen. Die ersten Eingriffe in das Rentensystem haben schon stattgefunden, die die Bevölkerung sehr hart treffen werden. Und in dem Zusammenhang wird natürlich einiges an westlichem Standart

eingeführt werden. Das Problem ist, daß alle diese Kräfte noch nicht so recht wissen, auf welche Kreise sie sich nun stützen sollen. Sie müssen dem Militär zukünftig zweifellos eine etwas zurückhaltendere Rolle zukommen lassen. Man braucht arbeitsfähige und vertrauenswürdige parlamentarische Instanzen und Parteien. Es wurde sich jetzt auf den türkischen Ministerpräsidenten Ecevit und seine Partei (Fortschrittspartei?) gestützt, er war der Wunschkandidat der Europäer und auch der Amerikaner, der immer noch milde als Sozialdemokrat bezeichnet wird, Sozialdemokrat ist für viele ein Begriff, der Harmlosigkeit wiedergeben soll. Der Mann ist ein Nationalist und ein Chauvinist, auch wenn er sich persönlich immer wieder auf seine ehemalige Freundschaft mit Willy Brandt beruft. Er vertritt turkmenische, Pan-Türkische Ideen, also Ideen die weit in die ehemaligen angeblichen Herkunftsgebiete der türkisch stämmigen Menschen hineingehen, und zielt damit natürlich auf den geographischen Unterleib der ehemaligen Sowjetunion Rußlands. Dadurch wird auch schon vieles klar, auch der Punkt, warum die Türkei jetzt mit Waffen beliefert werden soll. Die Türkei soll in der gesamten Region zu einem noch wichtigeren Stabilitätsfaktor werden. Wenn man realisiert, was dies langfristig heißt, und noch dazu zählt, daß die Türkische Regierung die Modernisierung ihrer gesamten Waffensysteme im Laufe der kommenden 25 Jahre mit 25 Milliarden US-Dollar durchführen will - ein atemberaubender Betrag - dann wird klar, daß diese neue Türkei noch bedeutsamer werden wird, als die alte. Die Türkei ist auf raumgreifende Eroberung aus, sie meldet geographische Ansprüche auf den Nordirak, auf die Ölgebiete dort an, sie muß unbedingt eine bedrohende aggressive Rolle gegenüber dem Iran ausüben, überall äußere und innere Feinde erkennen. Auch die Kurden sind einfach wichtig für dieses Establishment, nicht weil man sie einfach verfolgt weil sie Kurden sind, sondern es ist für bestimmte Regierungen gut, einen inneren Feind zu haben.

Ob es in Zukunft jedoch zu etwas kommen kann, was man als Reform für die Kurden bezeichnen kann, würde ich nicht ganz ausschließen, denn die Türkei ist veranlaßt, einigen Auflagen des Europarates entgegenzukommen.

Jedes Land, das sich der EU anschließt muß Teile der staatlichen Souveränität abgeben. Wie schwer das fällt, sieht man an der einfachen Auseinandersetzung um das Rindfleisch-Hoheitsrechte abzugeben an ein Gemeinschaftsgremium in Brüssel. Oder irgendwo ist eine Angelegenheit, die man sich in der Türkei nicht zu diskutieren traut, obwohl es eigentlich jetzt diskutiert werden müßte, wenn der ganze Prozeß jetzt vonstatten gehen soll, bzw. auch eine reelle Grundlage haben soll. Die Türkei wird immer sagen: Wenn ihr uns so unter Druck setzt, können wir unseren strategischen Auftrag nicht erfüllen. So wird sie versuchen sich hier und da Extralösungen und einen Beitritt zu ermäßigten Konditionen zu verschaffen. Das haben selbst Politiker der EU schon begriffen. Verheugen, der auch Sozialdemokrat ist und zuständig ist für die Osterweiterung der

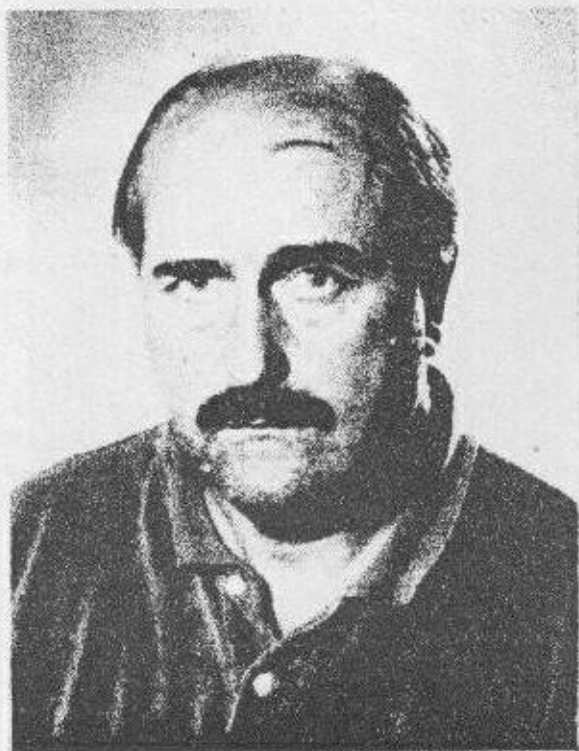


Abdullah Öcalan beim Prozeß

EU, sind selbst schon nachdenkliche Worte aus dem Munde gekommen: Er sagt auch, daß die Türkei einen Beitritt zu ermäßigten Bedingungen will. Wobei er dies, meines Erachtens nach, kritisch zum deutschen Außenminister Fischer sagt. Dem wird nun aber u.a. auch von der verteidigungspolitischen Sprecherin der eigenen Partei, Frau Angela Beer, unterstellt, daß er diese Dinge bewußt lieber kleinschreiben will und andere Dinge in den Vordergrund stellt. Das Stichwort, das es plastisch macht, ist der berühmte Vorschlag eines Tausches: Waffen gegen Menschenrechte. Dies ist natürlich eine ganz tolle Situation, da man jetzt, wenn man es ernst nimmt, zum ersten mal in Waffenhändlern die besten Menschenrechtsvertreter sehen könnte. Die Türkei bekommt Waffensysteme und läßt sich dafür irgend eine deklamatorische Erklärung abringen, dies oder jenes, weniger oder gar nicht mehr zu tun, wird dadurch aber faktisch immer nur noch stärker und kann dadurch nur noch selbstbewußter auftreten. Ich halte dies also auch für einen Fehler, ich bin sehr skeptisch, was den Beitritt der Türkei in die EU angeht. Das meine ich gar nicht prinzipiell, sondern die ganzen Bedingungen sind unklar. Hier werden nur unterschiedliche Geschäfte gemacht, unterschiedliche Strategien entwickelt, die unterschiedlichen Kreisen und Kräften dienen. Es geht aber nicht wirklich darum ernsthaft darüber zu reden, wie kann man Demokratisierungsprozesse im Sinne einer Anbindung wirklich in Gang setzen kann.

-Durch die rasanten Entwicklungen in und um die PKK, ist die Situation in den kurdischen Gebieten der Türkei häufig unerwähnt geblieben. Was hat sich für die KurdInnen in ihrer Heimat oder den inner-Türkischen Auffanglagern geändert?

Geändert hat sich überhaupt nichts, sondern es hat sich nur etwas ergeben, nämlich es gibt eine innere



Hans Branscheid
beschäftigt sich seit Jahren mit der
Menschenrechtssituation Türkei.

Migration. Eine Stadt wie Djabakier zum Beispiel, die hatte vor nicht allzu langer Zeit 60-70Tausend Einwohner, dort leben jetzt um die 500Tausend Menschen und mehr, die Slumgebiete dort vergrößern sich und niemand weiß wirklich genau, wie viele Menschen dort leben und existieren. Es gibt einen Innenmigrationsdruck von fast 2 Millionen Menschen. Viele sind während des Golfkrieges arbeitslos geworden, da ein Teil der alten Seidenstraßenrouten auch bis vor kurzem wichtige Handelswege waren. Dort entstanden dadurch doch recht blühende Zentren. Das ist alles weggefallen. Entstanden ist Schattenwirtschaft, graue informelle Märkte, im Zusammenhang mit Drogen sehr viel Kriminalität, so daß man in manchen Geschäften sehr viel Reichtum sieht, im Gegensatz dazu sieht man sehr viel Armut. Es hat sich nichts geändert, nichts an den sozialen Bedingungen, nichts im Erziehungs- und Schulwesen, die Menschenrechtsvereine werden nach wie vor bedroht, kein Büro von Menschenrechtsorganisationen was nicht zerstört worden wäre, oder deren Mitarbeiter und Mitglieder nicht verhaftet worden wären. Es sind die selben rassistischen Äußerungen der Politiker dort, die es immer schon gegeben hat. Die Staudammprojekte sorgen zusätzlich dafür, daß die Substistenzwirtschaft vernichtet wird. Der Migrationsdruck in die Westtürkei und wie wir alle wissen nach Europa und nach Deutschland ist geblieben. Die Situation ist einfach hoffnungslos und ich kann mir schwer vorstellen, daß eine Friedenshoffnung der PKK, die von der Bevölkerung sehr begrüßt wird, wirklich Realität wird. Ich glaube nicht, daß die Zeichen, die es

gegeben hat, zu etwas führen werden. Man hat die Substistenzwirtschaft zerstört, 4000 Dörfer ausradiert. Auch für eine Industrialisierung dort herrscht überhaupt gar kein Anlaß: Für welche Märkte sollte dort denn produziert werden? Ich bin der Ansicht, daß alte Pläne und Vorstellungen aus sicherheitspolitischen Gründen einen großen Teil der Landstriche bewußt zu entvölkern und die Menschen auf die Zentren zu konzentrieren, daß diese bevölkerungsfeindliche und antidemokratische Politik auch weiter durchgeführt werden wird. Das heißt für die Kurden, daß sie unbedingt realisieren müssen, auch die kurdischen pol. Parteien, daß sie nicht einfach nur der Scholle verbunden sind, sondern sie müssen in den ganz unterschiedlichen sozialen Realitäten ihren kurdischen Status und ihr kurdisches Denken auch neu definieren, nämlich in Europa, als unter Umständen auch europäische Bürger, als Migranten, als Menschen in den Slums in der Westtürkei, an der Tourismusküste, wo Leute arbeiten. Ich glaube, daß die Kurden ihren Heimatbegriff internationalistisch werdend neu definieren müssen, ohne ihn aufzugeben, das würde ich nicht von ihnen verlangen wollen. Und alle *Jungle World* und die Gruppe *Demontage* wird mich nie davon überzeugen, was sie diesbezüglich sagt und meint (genannte Gruppen kritisieren eine völkische Ausrichtung der PKK). Denn es ist eine negative Identität, die sie auszeichnet nämlich die von Verfolgten, man hat sie sich ja nicht zugelegt nur um völkisch aufzutreten, sie wird gespeist aus den verschiedenen sozialen Erfahrungsräumen in der Migration, aus den verschiedenen Bedingungen und daß sie selbstverständlich trotzdem etwas zusammenhält, ob sie nun in Bottrop arbeiten, oder in Celle, oder in Adana. Denn sie haben ja gegenüber der Geschichte Forderungen einzuklagen und daß sie dies kooperativ tun, unter einem bestimmten Namen, der der Name von Verfolgten ist, das würde ich mit Udo Wolter gerne kritisch diskutiert wissen. Deshalb muß man sie als Kurdinnen und Kurden begreifen, ohne nun das zu akzeptieren, was in manchen kurdischen politischen Zeitungen an großem Blödsinn diesbezüglich steht, fahrlässiger Unsinn, der in der Tat solche Qualitäten wie völkische Orientierung und ähnliches bei weitem erfüllt. Das ist zu kritisieren und ich glaube aber auch, daß an der Modernisierung, der Neudefinition des Status der kurdischen Menschen in aller Welt, in Europa - die ja hier längst schon angekommen sind - das die Kurdische Realität, das Denken, das Bewußtsein, daran auch nicht vorbei gehen kann und auch nicht vorbei gehen wird. Vielfältig ist dies bei kurdischen Jugendlichen auch schon längst der Fall, dennoch gibt es bedauerlicher Weise bei Kurden immer noch die Tendenz, und das wird in Celle auch der Fall sein, parallel Gesellschaften zu bilden, und sich abzuschotten, was für alle Beteiligten letztendlich falsch ist. Natürlich müssen sie unbedingt offen sein, ohne etwas aufzugeben, was eben Antrieb und Motiv in der Geschichte gewesen ist, als Verfolgte - das sind die Aufgaben die auch von der kurdischen Seite zu leisten sind, die Frieden und Demokratie in der Türkei verlangen, die weiter mit unterschiedlichen Mitteln dafür kämpfen

müssen, weil sich eine Demokratie nicht von alleine herstellen wird. Es ist jetzt auch keine Niederlage eingetreten die dauerhaft sein muß, Aufgaben werden neu gestellt, bestimmte Dinge müssen historisch auch neu formuliert werden und damit hat man jetzt verdammt nochmal zu tun. Die politischen Aufgaben müssen diskutiert werden, und daran sollte man gemeinsam - und hoffentlich sind wir dabei alle eingeladen - mit unseren kurdischen Freunden und Freundinnen arbeiten. In möglichst offener und kritischer Diskussion, wobei die Solidarität eine Rolle spielt.

-In den überfüllten Türkischen Gefängnissen kommt es immer wieder zu Gefangenerevolten, die Haftbedingungen sind unmenschlich. Ist für die Tausenden politischen Gefangenen eine Lösung in Sicht?

Nein, das glaube ich nicht, allerdings um es gleich zu sagen: Das ist eine der wichtigsten Forderungen an der ich die Entwicklung innerhalb der Türkei messen würde. Nicht nur Foucault, sondern auch einige andere haben schon vorher gesagt: Das Bild der Gefängnisse gibt auch immer den Stand der jeweiligen Gesellschaft wieder - und das ist in der Türkei der Fall.

Die Gefangenenaufstände sind bekannt, bis in die aktuelle Zeit gibt es Hunger- und Fastenaktionen von türkischen und kurdischen Gefangenen in unterschiedlichen Gefängnissen in Europa und in der Türkei. Das einzige was sich jedoch verändern wird, und wovon ich konkret weiß, ist daß die türkische Regierung darüber diskutiert die sog. "Europazelle" einzuführen, was sie als eine Modernisierung verkaufen wird. Sie ist auch mit europäischen Unternehmern, Gefängnisdesignern, ins Gespräch gekommen. Das wird bedeuten, daß es Gefängnisse vom Typ Stammheim geben wird. Man wird Trakts schaffen, die im wesentlichen klinisch rein, laborhaft sind, die den Isolationsgedanken erfüllen, das ist einer dieser Camouflagen, die man als Reform verkaufen wird. Diese Gespräche und Bemühungen gibt es sehr ernsthaft, man will die Solidarität und die Kommunikation in Gefängnissen zerschlagen, die ist sehr hoch und sehr bedeutsam und hat eine ganze Menge dieser Menschen am Leben gehalten unter Bedingungen, die ja nun nicht nur durch Inhaftierung und allgemeine Schickamierung ausgezeichnet sind, sondern auch durch Folter und den grausamsten Dingen, die man sich nur vorstellen kann. Mich wundert, daß es so wenig - auch von der liberalen Seite her, auch von

den Medien in Deutschland - Berichte gibt, über die Situation in den Gefängnissen. Selbst moderate Menschen, die nicht linker Ansichten verdächtigt werden müssen, dürfte es eigentlich entsetzen, wenn sie einen etwas intensiveren Blick in die Gefängnisse dort tun würden. Von daher würde ich sehr viel davon halten, daß sich auch Gruppen in Deutschland mit einfach nur realistischen Reportagen auseinandersetzen, was in diesen Gefängnissen vor sich geht. Das sagt dann tatsächlich etwas über den Stand der Demokratisierung, oder nicht Demokratisierung in der Türkei aus.

"Es ist nicht mehr richtig, die Trennung Links-Rechts, Machthaber-Opposition, Militär-Zivile, aufrechtzuerhalten" (Öcalan), solche Äußerungen, die antisemitischen Tendenzen, der Umgang mit "Abweichlern" sind nicht zu rechtfertigen. Wo sollte eine Solidaritätsarbeit mit der PKK Deiner Meinung nach ansetzen?

Ich zitiere auch Öcalan positiv. Er hat während einer seiner Verteidigungsreden in Imrali sich geäußert, wo er sagt "ich war früher für einen Staat - wir haben den föderativen Gedanken bemüht - wir müssen heute realisieren, daß wir in Vielvölkerstaaten leben" dies halte ich für eine sehr positive Aussage, die man unbedingt unterstreichen sollte. Man müßte sie aber auch in ihren Konsequenzen diskutieren - auch mit Leuten, die hier in Europa die PKK repräsentieren, als Sympathisanten, deren Mitglieder und Kader eben. Wenn man diese Äußerungen ernst nimmt heißt das, daß man zu ganz anderen Formen des Zusammenlebens kommen muß. Auch in Kurdistan gibt es Minderheiten, Gruppierungen, die durch andere Religionszugehörigkeiten ausgezeichnet sind: Tscherkessen, Turkmenische, Armenische Bevölkerungsgruppen. Sehr viele also. Daß es für die PKK zukünftig sehr wichtig wäre, im Vergleich zu den repressiven Regimen im Nahen Osten, die historisch im Grunde ja alle überfällig sind, sich vor der Internationalen Öffentlichkeit und den Menschen in der Türkei sich auszuzeichnen, als die



Bewegung, die die weitreichendsten politischen Perspektiven hat, und ein nicht durch Rassismen gekennzeichnetes Zusammenleben jeder Gruppierung ermöglicht. Dies zu propagieren wäre die größte Stärke, die eine PKK sich zulegen könnte, wenn sie im Stande wäre, daraus auch einmal eine politische Programmatik zu machen, die sie demonstrativ, offensiv, manifestativ mit den Mitteln, die sie hat, vertreten würde. Wenn sie das demonstrativ tun würde, hätte sie ihren Feinden sehr große Chancen genommen sich mit ihr so auseinanderzusetzen, wie sie es in der Vergangenheit getan haben nämlich repressiv. Daß Antisemitismen nicht dazu gehören dürfen und von mir aus als aller erstes auszuschließen sind, versteht sich. Es gab hier sehr böse Bemerkungen von kurdischer Seite, auch in der kurdischen Presse – etwa von Osgür Politika. Ich halte allerdings nach sehr vielen Gesprächen mit Menschen kurdischer Herkunft, mit kurdischer Prominenz, mit Leuten, die man der PKK zurechnen kann die PKK nicht für eine Bewegung, bei der Antisemitismus programmatischer Bestandteil ist – aber es gibt Ressentiments, die sehr stark sind. Man muß gerade deshalb mit seinen Ressentiments aufpassen, weil es tatsächlich eine militärisch, aggressive Achse zwischen dem Israelischen und Türkischen Staat gibt. Gerade weil das so ist und weil diese Achse unheimlich gefährlich ist und sie zu weiterem Unfrieden im Nahen Osten führen kann, muß man umso mehr darauf achten, daß diese politische Auseinandersetzung und

Kritik nicht zusammengeworfen wird mit antisemitischen Stereotypen und ähnlichem. Das muß man strikt auseinander halten und das kann man auch, wenn man sauber argumentiert und darauf achtet, was man selbst sagt.

Öcalan ist immer ein Populist gewesen und er äußert sich weiter so. Er sieht sich als ein Mensch, der tatsächlich durch sich und seine Person Politik verkörpert und Politik darstellt. Für etwas andere Verhältnisse und für einen Teil der deutschen Linken ist dies natürlich ein Anachronismus (=unzeitgemäß). Ich bin da etwas ambivalent, weil zur ganzen Geschichte gehören solche Führungspersönlichkeiten dazu. Es gibt von Wittvogel dazu ein bekanntes marxistisches Soziologiewerk "Die asiatische Despotie", da tauchen solche Führungspersönlichkeiten auf. Das sind Leute wie Arafat oder Talabani oder andere, die als Verkörperung nationalen Willens gesehen werden. Die sicher ihre historische Bedeutung, Rolle und Auftrag haben. Aber alles das, worüber wir eben gesprochen haben, die Notwendigkeit der Veränderung, der Demokratisierung, die die PKK selber verlangt, zwingt sie, sich mit solchen Dingen auseinanderzusetzen. Meines Erachtens müssen auch solche Veränderungen auch gar nicht schmerzhaft sein, man kann jemanden ja seine historischen Verdienste nachsagen und ihn sehr schätzen. So hoch, daß man anfängt seine (Öcalans) Politik selber zu machen.

Feuilleton

Literatur/Theater

Weißer Hirschkuh & Braune Kacke

Zum Tode Berndt W. Wesslings

Von RWLE Möller

"Exzentriker" und "Enfant Terrible der deutschen Literatur", ein "fast mysteriöser Sonderfall der deutschen Publizistik", "Hans Dampf in allen Gassen" und "Volksschädling" titulierte die Kritik den kürzlich im Alter von 65 Jahren verstorbenen Autoren Berndt W. Wessling. Letztere Injurie flog dem sicherlich nicht zartbesaiteten Publizisten von über 40 musikgeschichtlichen, lyrischen und erzählerischen Werken nicht nur anlässlich seiner Dokumentation "Bayreuth im Dritten Reich" (1983) um die Ohren sondern auch, weil er im Juni 1983 eine Aufführung des von ihm bearbeiteten Stückes seiner Großtante Julie Schrader "Genoveva oder Die weiße Hirschkuh" am Schloßtheater verbieten lassen wollte, als Ausdruck seines Protestes gegen das von bundesweiten Portesten begleitete Treffen des "Stahlhelm"-Faschistenbundes in Celle. Zum damaligen OB Horstmann, der das Treffen begrüßte äußerte sich Wessling in einem "Zündel"-Interview: "Ein Greis wie Horstmann ist ja wegen seiner angeblichen Senilität nicht mehr voll zu nehmen, aber er wird ja 'christlich' gestützt. Das ist eine Moral, die jeder Ethik spottet! Mein Gott, ist dies ein Scheiß-Volk! Die marschieren doch schnurstracks in die gleiche Richtung wie 33, blindwütig und ohne Skrupel! Wenn Herr Horstmann auch nur geringste Skrupel gehabt hätte, dann hätte er wohl anders reagiert. Aber der ist in seiner Bigotterie gefangen und hat raffinierte Ohrenbläser, die den armen alten Mann verschieben und sich im Stillen eins ins Nästchen lachen, daß er all diese braune Kacke herauseiert!" Wesslings intime Kenntnis der Stadt gründete sich auf seine Celier Schulzeit 1950-59. Seine 1995 erschienene Autobiographie "Auf der Straße der Anne Frank" gibt Einblick in die hiesigen Nachkriegsverhältnisse. Kritik an seinem Werk als egozentrisch und wissenschaftlich nicht belegbar und an seiner Person als obszön und streitsüchtig mögen nicht von Hand zu weisen sein, aber können wir uns nicht wenigstens einen Literaten leisten, der trotz allem "undeutsche Grazie" verbreitete?

Feuilleton

Literatur

Fürstin Libuse

Von Alexandra Sattler

Als ich zum ersten Mal etwas über Libuse Monikova gelesen habe, war sie schon tot, es gab Nachrufe und einer davon geriet mir in die Hände, 1998 ist sie gestorben, am 12. Jänner. Sie ist in diesem Nachruf sehr gelobt worden, denn sie sei so ein freier Mensch gewesen und gerecht, und es ist erwähnt worden, daß sie eine maßlose Freude gehabt haben soll am Anwenden von vielen schwierigen Worten bei vielen Gelegenheiten, weil bekanntlich fast alles anders ist, als man denkt und man deshalb den Dingen ständig neue Namen geben kann, wenn man so einen Fabulierdrang hat. Zu der Zeit habe ich noch keines ihrer Bücher gekannt und mir den Namen gemerkt, weil mir dieser Wortübermut als etwas Neues im Kopf herumspukete. Denn das Wesen des Dichters und Schriftstellers ist gemeinhin gekennzeichnet als das eines Leidenden an der Welt, durch Unglück, Wahn oder Geldnot und Seelenqual schafft er seine hohen Werke und so hört man selten von Übermut.

Libuse Monikova wurde in Prag geboren, am 30.8.1945. Prag hat viele Fenster und ist die Hauptstadt von Böhmen. In den mittleren sechziger Jahren hat Ingeborg Bachmann (and besides earlier: Shakespeare) Böhmen dem Meer zuerkannt. Das Werk Libuse Monikovas weist eine profunde Kenntnis der böhmischen Geographie auf und hat den räumlichen Umfang von etwa 25 Regalzentimetern. Sie hat Germanistik und Anglistik studiert, 1971 ist sie nach Deutschland gezogen und hat noch ein paar Jahre später angefangen, ihre Bücher zu schreiben, eines davon heißt "Pavane für eine verstorbene Infantin", zugleich Name eines Stückes von Debussy. Es handelt von Erlebnissen einer Literaturdozentin und ihrer Sympathie für schwarze Küken. Man erfährt, daß es auch in Prag Leute gibt, die keine Lust haben, ihre Nachbarn im Treppenhaus zu grüßen. In einem anderen Roman, "Die Fassade", ist der Wortübermut noch üppiger, die Handlung tobt durch Raum und Zeit von Sowjetrußland und Tschechoslowakei unter Einbeziehung einiger seltener wissenschaftlicher Fachgebiete und es ist trotzdem lustig. Dann gibt es ein kleines Theaterstück über Arno & Alice Schmidt, das "ArAl" heißt. Über Schmidt, Borges & Kafka und natürlich auch über andere hat sie interessante Essays geschrieben. Bei Kafka findet man die im Nachruf gelobte Gerechtigkeit wieder, sie versucht, die Familie Barnabas zu rehabilitieren und an anderer Stelle im Roman "Treibnis" wird eine Wittgenstein-Reliquie an einen Tschechen verschenkt, weil ja nun schon die Manuskripte des "Schlosses" in einer Bibliothek in Oxford sind. Daß Oxford in England liegt und daß gerechterweise

Schönheit Realität haben kann, daß Gartenbau von fundamentaler Bedeutung ist und daß es sich mit den Stunden nach dem lateinischen Grundsatz *vulnerant omnia - ultima nequit* verhält und wir alle sterben werden. Tote sind Schatten und Bücher sind Schattenwerk. Schatten kommen von Sonne und die scheint aus dem Sommernachtstraum heraus, nachzulesen bei Shakespeare und bei Libuse Monikova (passim):

*If we shadows have offended,
Think but this, and all is mended,
That you have but slumbered here,
While the visions did appear.*

Zitat

"Geh, mach dich ins Wirtshaus und hole mir einen Schoppen Branntwein."

William Shakespeare: Erster Totengräber in "Hamlet"

Anmerkungen zu Libuse Monikova

Mir scheint eine kurze Ergänzung zum vorangegangenen etwas impressionistischen Text vonnöten. Der Berliner "Tagesspiegel" schrieb anlässlich einer Gedenkveranstaltung an Monikova am 12.6.98: "*Strenge, wie sie nur großen Humoristen zu eigen ist*" bescheinigte ihr *Delius*, und erwähnte hier auch Libuse Monikovas *Leidenschaft für die Bücher von Arno Schmidt, die der jungen Emigrantin geholfen hatten, sich in der fremden Bundesrepublik zurechtzufinden und schließlich sogar ihre eigenen Bücher auf deutsch zu schreiben...Die Verletztheit und Angst des Individuums angesichts der Zumutungen einer totalitären Gesellschaft war...das Thema des Romanes "Der Taumel", die Geschichte des Prager Malers Jakob Brandl, dessen ästhetisches Feingefühl ihn hilflos in den Maschen des Unterdrückungsapparates zappeln läßt...[Libuse Monikova war eine Autorin] deren Literatur sich dagegen sperrt, in routinierten Jubiläumsveranstaltungen wortreich domestiziert zu werden."*

RWLE

**Noch bis zum 20.2.2000:
53. Jahresausstellung des BBK
Schloß Celle, Gotische Halle
Täglich außer Montags
10 - 16.30 Uhr**

Niedersächsische Grüne in Celle

Kleine Schlappe für Landesvorstand

Der Atom-Sonderparteitag der niedersächsischen Bündnisgrünen in Celle am 6. Februar brachte neben vielen Protesten letztlich auch einen überraschenden Beschluss. Der Leitantrag des Landesvorstands, der fast vorbehaltlos den Kurs der Bundesregierung billigte, wurde abgelehnt. Der angenommene Alternativantrag bietet zwar hinsichtlich der Laufzeiten von AKWs wenig anderes, ist aber in der Entsorgungsfrage deutlich konsequenter. Schon in der Präambel heisst es: "Die Sicherheit der Bevölkerung muss allen anderen Überlegungen vorgehen - sie besitzt absoluten Vorrang." Im Abschnitt "Für einen Atomausstieg der seinen Namen verdient" wird gefordert: "Der Atomausstieg hingegen erfordert ein neues Konzept der Entsorgungspolitik, in dem für Gorleben, Ahaus, Schacht Konrad, Wiederaufarbeitung, überdimensionierte Zwischenlager und zahllose Atomtransporte kein Platz sein darf." Glaubwürdigkeit, heisst es abschliessend, sei wichtiger als die Koalition: "Den jetzt vorgelegten Plan der Bundesregierung lehnen wir nachdrücklich ab". Aber machen wir uns nichts vor: Auch wenn der Landesvorstand eine kleine Schlappe einstecken musste, werden sich die Bundespartei, Fischer und Trittin davon nur wenig beeindruckt lassen.

**Wolfgang Ehmke, Sprecher der BI
Lüchow-Dannenberg
auf dem Sonderparteitag der
Bündnisgrünen in Celle**

**Wem also nutzt der "Konsens"?
Einseitig der Atomindustrie.**

Zu eine "Philippika" würde ich heute ansetzen, las ich im "Spiegel".

Ich sehe meine Rolle nüchterner: ich werde bilanzieren, was die Konsensstrategie erbracht hat, ich werde darlegen, wo es - vielleicht noch - Spielraum für die grüne Basis gibt, Kurskorrekturen vorzunehmen. Meine Rolle ist eine Mischung aus Rückenstärkung und Protest. Nicht zu verwechseln mit Einmischung in innergrüne Angelegenheiten.

Das vierte Konsensgespräch am vergangenen Freitag zwischen den Spitzen der Strombranche und der Bundesregierung folgte einer klaren Regieführung: Gerhard Schröder höchstpersönlich verhandelte an jenem 4. Februar in Bonn, die Kabinettskollegen mussten draussen bleiben - wie die Atomkraftgegner/innen, die gegen den Atomkurs von Rot-Grün am Verhandlungsort protestierten.

Zur klaren Regie gehört, dass das Bundeskabinett zu Jahresbeginn die rotgrüne Linie in Sachen Atomausstieg festgezurr hat. 30 Jahre Laufzeit - also der Bestandsschutz - wird der Branche angedient, sonst - so die "Drohung" - kame der Atomausstieg im Dissens. Und wer weiss, ob aus 30 Kalenderjahren nicht noch als Zeichen der Konsensbereitschaft Vollastjahre werden. Man beachte fortan das Kleingedruckte.

Die Konzernvertreter haben mit ihrem Pokerface noch draufgelegt: bei 35 Betriebsjahren, also rund 40 Jahre Laufzeit liegt ihre Forderung - aber bitte flexibel möchten sie mit der Betriebsurlaubnis umgehen. Wie wäre

es, wenn man sie zwingt, die Kraftwerke 40 Jahre lang zu betreiben? Dann fände der Konsenspoker ein rasches Ende, denn 40 Jahre Nachrüstung der AKW's würde die Stromwirtschaft wirtschaftlich in die Knie zwingen.

Am Anfang war das Wort: Deutlich unter 30 hatten die Grünen im vergangenen Jahr lauthals gefordert und hatten im Wahlkampf ("Atomausstieg nur mit uns!") vorgerechnet, dass eine Befristung des Reaktorbetriebs auf 25 Jahre verfassungskonform sei. Eine Inhalts- und Schrankenbestimmung des Atomrechts bedürfe allerdings einer einjährigen Übergangszeit, innerhalb zweier Legislaturperioden könne die Atomkraft abgewickelt werden. Dafür war ich in den Wahlkampf eingestiegen und hatte im Wahlkreis Lüneburg/Lüchow-Dannenberg gut gepunktet. Auf einer falschen Geschäftsgrundlage also.

Bleibt es bei der Formel 30+3, wird in dieser Legislaturperiode kein einziger Reaktor stillgelegt. Der Atomausstieg findet nur noch auf dem Papier statt.

Die AKW-Betreiber lachen sich ins Fäustchen. Für 10 Kraftwerke haben sie Zwischenlager beantragt, selbst für AKW's, die auf der Abschlusliste ganz oben rangieren wie Biblis A, Stade und Brunsbüttel. Über zusätzliche 1000 Stellplätze, mehr als in Ahaus, Lubmin und Gorleben zusammengerechnet, sind das. Diese garantieren den Dauerbetrieb für weitere 40 bis 50 Jahre, weil der Entsorgungsnachweis geführt werden kann. Und die lästigen, publicityfeindlichen Castortransporte entfallen. Nichts gegen die Minimierung von Atomnülltransporten, das Thema aber lautet Atomausstieg versus Bestandsschutz.

Zur Inszenierung gehört auch das Rollenspiel. Der Kanzler schickt sich an, "vernünftige" kapitalfreundliche Lösungen des Problems auszuloten, derweil schickt er die Grünen in die Provinz, um der alarmierten Basis darzulegen, dass und warum es zu mehr nicht reicht.

Die Manager der Strombranche lehnen sich genüsslich zurück, weil ihr Akkumulationsinteresse nicht tangiert wird. Dass Rot-Grün sich daran nicht verpreifen

wollte, stand bereits im Koalitionsvertrag, "entschädigungsfrei" sollte der Ausstieg geregelt werden. Steuerlich abgeschrieben sind die Meiler nach 19 Jahren. Nun wird der Dauerbetrieb der Meiler als Ausstieg verkauft. Und Grüne Spitzenpolitiker/innen deklamieren wortreich und tatenarm auf der Politbühne: "Sehet her, welch ein Erfolg!"

Um nicht ganz nackt dazustehen, wenn sie ihrer Wähler- und Mitgliedschaft die Wahrung des Bestandschutzes als Ausstieg verkaufen müssen, mag es als noch zu einem Deal mit den Atomikern kommen: einige Vorzeige-AKW's gehen vom Netz, um die Ernsthaftigkeit des Ausstiegswillens zu dokumentieren, wenn denn schon die Taten fehlen. Wie wäre es mit Mülheim-Kärlich, das gerichtsbedingt seit Jahren stillsteht, aber noch fleissig als Nummer 20 mitgezählt wird?

Jene andere Variante liegt tatsächlich in der Bonner und Berliner Luft, das Bubble- oder Volumenmodell. Dahinter verbirgt sich das Angebot an die Unternehmen, ihnen statt fester Meiler-Restlaufzeiten eine zu produzierende Atomstrommenge von 2.500 Terrawattstunden zuzugestehen. Diese Lösung stosse auf Wohlwollen bei den Chefs der Konzerne Veba, Viag und RWE, hatte die Berliner Zeitung bereits am 6. Dezember 1999 berichtet. Im Gegenzug würden unrentable AKW's wie Obrigheim, Stade, Biblis A oder Brunsbüttel abgeschaltet. Umgerechnet entspricht diese Produktionsleistung übrigens einer Gesamtlaufrzeit von 32,5 Jahren bei einer 85%igen Verfügbarkeit. Rechnen wir weiter: das jüngste AKW, Neckarwestheim 2, das 1989 ans Netz ging, würde danach im Jahr 2021 abgeschaltet.

Jetzt müssten die Bürgerinitiativen im Gegenzug aber einsehen, dass der Müll irgendwo hin muss. Zuerst rollt der Castorzug aus der französischen WAA La Hague nach Gorleben. Vielleicht gleich nach der Expo 2000 in Hannover, damit genügend Polizisten abgestellt werden können. Dann, nach den Wahlen in

Nordrhein-Westfalen, ist auch wieder Ahaus dran. Warum bitte sehr sollen wir einsichtig sein?

Der Regie sind Fehler unterlaufen, einmal abgesehen davon, dass das Stück nicht spannend, weil zu durchsichtig ist. Der eine Fehler: Ein Ausstieg, der so viel wert ist, wie das Papier, auf dem es gedruckt wurde, ein Ausstieg, der wie eine Luftblase (to bubble - engl. blubbern, gären) platzt, ist nichts wert. Das nukleare Risiko ist nicht deshalb bis zum Jahr 2021 beherrschbarer, nur weil ein Grüner Umweltminister ist. Der zweite Fehler: warum ist die nukleare Entsorgung - selbst wenn es sich um eine Erblast des Auslaufmodells Atomkraft handelte - schon deshalb geregelt, nur weil der Einstieg in den Ausstieg behauptet wird? Die Anlieferung von hochradioaktiven, verglasten Kokillen aus La Hague in Gorleben provoziert die Gegenfrage, warum die Wiederaufarbeitung immer noch als Entsorgungsschritt anerkannt ist und nicht längst verboten wurde. (...) Was wird aus den 70 Milliarden Rückstellungen der Konzerne, werden diese teilweise aufgelöst? Werden sie gänzlich versteuert? Wo bleibt, der Abbruch des Planfeststellungsverfahrens für den Schacht Konrad und das Moratorium für den Salzstock Gorleben, wenn Rot-Grün doch nur ein Bundesendlager will und gerade erst Kriterien der Endlagersuche neu erarbeitet werden? Was wird aus der Pilot-Konditionierungsanlage (PKA), die kurz vor der Fertigstellung steht? In der PKA sollten ursprünglich abgebrannte Brennelemente endlagerfertig verpackt werden.

Die unausgesprochene Friedenpflicht gegenüber der Branche, um einen Konsens unter Dach und Fach zu bringen, der Verzicht auf einen sicherheitsorientierten Gesetzesvollzug, lässt sich der Debatte um die Castorbehälter ablesen. Da gibt es - neben dem Kontaminationskandal - Restfeuchte im Deckelbereich, Korrosion, falsche Berechnungen des Ausdehnungsverhaltens von Moderatorenstäben, um die Neutronenstrahlung zu bremsen. Und es gibt den "Skandal", dass Castoren



ohne Falltests mit Originalbehältern für den Transport genehmigt wurden. Was macht Jürgen Trittin? Zu den Sachfragen heisst es aus seinem Hause, die Enthüllungen er ARD-Sendung Plusminus seien "hanebüchener Schwachsinn", und das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) mit seinem grünen Präsidenten Wolfram König gibt grünes Licht für neue Castortransporte. Gerade rechtzeitig um atmosphärisch den Weg für die Konsensrunde am 4. Februar freizumachen. Denn seit dem Aufschrei der Konzerne vor einem Jahr, als das Verbot der Wiederaufarbeitung auf der Tagesordnung stand, übt sich Jürgen Trittin in Leisetreteri. Es solle keine Verstopf der AKW's, keine Stilllegung auf "kaltem Wege" geben, beteuerte der Umweltminister, und hielt jetzt mit der Aufhebung des Transportestopps prompt sein Wort. Noch ein Beispiel: Damit es in Stade nicht zum Betriebsstopp kommt, wird - ohne jede Öffentlichkeitsbeteiligung - im Zusammenspiel von Bund und Land, Rot und Grün, ein Zusatzgestell für Brennelemente rechtzeitig genehmigt. Alles nur Zufall? Wir lassen uns doch nicht für dumm verkaufen.

Wem also nutzt der "Konsens"? Einseitig der Atomindustrie. Was nutzt aber am Ende ein Konsens, der kein gesellschaftlicher ist? Nichts. Denn einseitig wird mit der Industrie über unsere Köpfe weg verhandelt. Schon vergessen? Dass überhaupt das Thema Atomausstieg auf der Tagesordnung steht, ist den vielen Menschen zu verdanken, die seit über 20 Jahren phantasievoll, sachkundig und mit langem Atem auf die Strasse gegangen sind, oftmals verhöhnt als "unappetitliches Pack" und kriminalisiert. So viel ist wohl jedem klar: Wir melden uns weiter vor Gericht und auf der Strasse zu Wort.

Atomgesetznovelle und Novelle des Strahlenschutzes, sicherheitsorientierter Gesetzesvollzug, energiepolitische Weichenstellungen und atomkritische öffentliche Begleitung des Ausstiegs - das sollten die Säulen grüner Politik sein. Geblieben ist ein Trümmerhaufen. Biblis A ist immer noch am Netz, es hing zuletzt am Tropf der weisungswütigen Angela Merkel. Eine offene Frage und eine ehrliche Antwort an dieser Stelle: was wird aus Mülheim-Kärlich? Denn aus den bisherigen Atomgesetzentwürfen aus dem BMU lese ich eindeutig heraus, dass Mülheim-Kärlich ans Netz gehen könnte.

Es muss keinerlei gesetzliche Fristsetzung geben! Es wäre auch möglich, die Sicherheitsanforderungen neu zu definieren, den Stand von Wissenschaft und Technik als scharfes Instrument der Exekutive zu nutzen und den Hebel der ungelosten Entsorgung - das Castordebakel ist dabei doch nur eine Facette! - anzusetzen, um den Atomausstieg auf den Weg zu bringen. Natürlich begrüßen wir, dass der Förderzweck der Atomindustrie aus dem Gesetz gestrichen wird, ein Anachronismus. Natürlich begrüßen wir, dass die Haftung der Betreiber für kerntechnische Unfälle drastisch erhöht werden soll. Angemessen - gemessen an möglichen Folgen einer Reaktorkatastrophe wäre allerdings nach Berechnungen des BUND eine Versicherungssumme von rd. 20 Milliarden DM - damit wäre die Atomkraft ökonomisch am Ende.



Weichen Nutzen hat die heutige Debatte. Ob es Euch gelingt, hier noch eine Notbremse hinzukriegen. Verbot der Wiederaufarbeitung, Castorstopp, Aufgabe der PKA Gorleben wegen eines fehlenden Bescheidinteresses, Verzicht auf den Schacht Konrad wegen mangelnder Planrochtfertigung, Abbruch der Arbeiten im Salzbergwerk Gorleben wegen mangelnder Eignung - ergebnisoffene Suche eines nuklearen Endlagers - das könnten und sollten die Konturen einer verantwortbaren Entsorgungspolitik sein.

Was aber droht im Konsens, und das mit Unterstützung von Bundesvorstand und Fraktion? Die Wiederaufarbeitung ist weiter möglich. Die PKA Gorleben (Kosten 800 Millionen DM) wird umdefiniert zur Servicestation des Castorlagers und nimmt schon mal den Betrieb auf. Der Schacht Konrad (Kosten 1,4 Mrd DM) wird genehmigt, aber von der Genehmigung wird vorerst kein Gebrauch gemacht, weil der Sofortvollzug nicht angeordnet wird. Die Erkundung in Gorleben (Kosten 2,2 Mrd) wird für drei Jahre gestoppt. Ja und dann? Wird dann weitergebaut? Entschädigungsfrei will Rot-Grün aussteigen, aber das hat Grenzen! Sachfremde Entscheidungen werden gefällt, irreversible, die einen Neuanfang der Atommüllentsorgung untergraben. Die Grünen übernehmen eine Verantwortung für eine Erblast, die Verantwortungslosigkeit im Umgang mit Reaktoren und Müll. Wenn das Profitinteresse politisches Handeln diktiert, wenn es auch den Grünen nicht mehr um das Risiko Atomkraft geht, sondern um die Gewinnerwartung der Konzerne, wenn Rot-Grün wegen der Schadensersatzdrohungen einknickt, wenn Grüne Misserfolge wortreich verkleistern, sagen wir:

Massenhaft werden wir auf die Strasse gehen und uns querstellen, um die Debatte um das Risiko Atomkraft und das Atommülldesaster anzufachen. Das entspricht auch unserer gesellschaftlichen Rolle. Für uns gibt es keine Friedenspflicht, auch nicht mit den Grünen. Was passiert, wenn der Polizeiknüppel saust, um der nuklearen Fracht den Weg nach Ahaus oder Gorleben zu bahnen und der Umweltminister, der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz und selbst der Polizeipräsident tragen ein grünes Parteibuch? Nicht nur mir fehlt die Phantasie auszumalen, was dann passiert, denn ich will nicht, dass das passiert.

Termine

Gegen die Idiotie des Landlebens

Bis zum 02. April

"Miles Davis" Ausstellung im Bomannmuseum, Dienstag bis Sonntag 10-17 Uhr

Samstag 19. Februar

"Alles über nichts" Politikkabarett im Kunst und Bühne Beginn 20 Uhr Eintritt: 10 bzw. 15 Mark

Samstag 19. Februar

Konzert mit "The Blooze" im Gegen den Strich, Beginn um 21 Uhr

Samstag 19. Februar

Abi Party in der CD-Kaserne ab 21 Uhr

Samstag 19. Februar

Flohmarkt am Leineufer in Hannover Beginn 07 Uhr

Montag 21. Februar

Informationsabend "Vollwerternährung" in der Melone, Beginn 19 Uhr

Montag 21. Februar

"Kein Blatt vor dem Mund" Lesung aus dem gleichnamigen Buch von und mit Gerhard Klingenberg in der Buchhandlung Buchfink in Celle, Beginn 20 Uhr

Mittwoch 23. Februar

Theater "Ein Single kommt selten allein" im Aller Kunst und Tappas in Celle, Einlass ab 19 Uhr

Anzeige:



BÜCHERHAUS
Buchfink

Es gibt keine Seligkeit ohne Bücher.
Anna Schmitz

Ab sofort auch im Internet für Sie da:
www.buchfink-celle.de
e-mail: info@buchfink-celle.de

Am Heiligen Kreuz 26 · 29221 Celle
Tel. 0 51 41 - 21 74 20 + 74 08 37
Fax 0 51 41 - 2 45 24

28

Donnerstag 24. Februar

"40 Jahre unter Deutschen"
Kabarett mit Dietrich Kittner im Theater am Küchengarten in Hannover, Beginn 20 Uhr

Donnerstag 24. Februar

"Doppelkopfabend" im VIP-Club in der Hehlentorstr. 16, Beginn 19.30 Uhr

Freitag 25. Februar

"Joshua Project" Konzert im VIP-Club in der Hehlentorstr. 16, Beginn 21 Uhr

Samstag 26. Februar

"Manos Flamencas"
Flamenco mit Gitarrenbegleitung im Kunst und Bühne, Beginn 20 Uhr Eintritt: 10 bzw. 15 Mark

Samstag 26. Februar

"40 Jahre unter Deutschen"
Kabarett mit Dietrich Kittner im Theater am Küchengarten in Hannover, Beginn 20 Uhr

Samstag 26. Februar

Konzert mit "Lizard"
"Ganja Jedis" und "Apple" im Bunten Haus, Beginn 21 Uhr, Eintritt: 5 Mark

Freitag 03. März

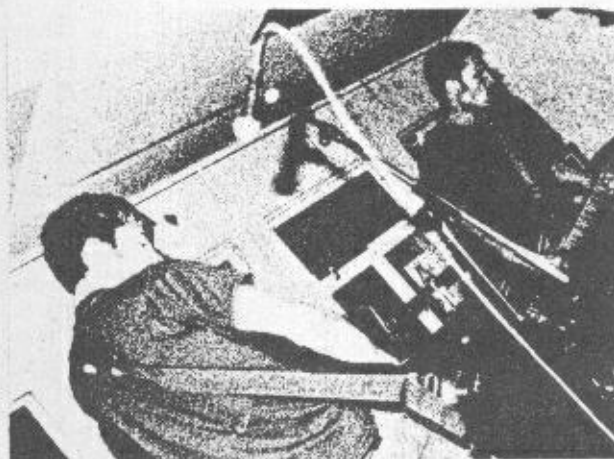
"Petrograd" Konzert im Juz Drachenflug Frankfurterstr. 253 in Braunschweig, Beginn 21 Uhr

Freitag 03. März

Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Ulla Jelpke im Bunten Haus, Beginn 19 Uhr (Siehe Seite 11)

Montag 20. März

Konzert mit "Milemarker" und "Jukebox Szenario" im Bunten Haus in Celle, Beginn 21 Uhr, Eintritt: 8 Mark



Sonntag 26. März

Konzert mit "At the Drive in" im UJZ Korn in Hannover Beginn: nicht vor 21 Uhr Eintritt: 10 Mark

Samstag 01. April

Konzert mit "Strahler 80" und "Fliehende Stürme" im Juz Drachenflug in Braunschweig Beginn 21 Uhr

Montag 24. April

Konzert mit "Hot Water Music" und "Muff Potter" im UJZ Korn in Hannover Beginn: 21 Uhr Eintritt: 10 Mark

Montag 08. Mai

Konzert mit den "Fixtures" im Bunten Haus in Celle Beginn 21 Uhr, Eintritt: 8 Mark

Termine

Gegen die Idiotie des Landlebens

Ständige Termine:

Frauenfrühstück

Immer Freitags von 09-12 Uhr im
VSE-Mädchen und Frauen,
Siemensplatz 1 in Celle

Treffen der Schwine

(Schwule in Celle) Montags ab
20 Uhr in den Räumen der AIDS-
Hilfe, Großer Plan 12 in Celle
(Tel. & Fax 05141/ 28577)
Email: rwlem@t-online.de

Bürozeiten der PDS

(Kreisverband Celle)
Dienstag und Donnerstag 18.00 Uhr
Bergstr. 50, 29221 Celle
Tel: 05141/550 420
Fax: 05141/550 421
mail@pdscele.de
Homepage: www.pdscele.de

Weltladen

(An der Stadtkirche 10)
Öffnungszeiten:
Di+Mi: 10-17 Uhr
Do: 15-17 Uhr
Fr: 9.30-12.30, 15-17 Uhr
Sa: 10-12 Uhr

Anzeige:

Bioland Demeter
Blergarten Lavera
Naturkostladen
Thomas
Öffnungszeiten:
Mo-Fr 9.00 - 13.00
15.00 - 18.00
Sa 9.00 - 13.00
Bernstorffstraße 26
Wir liefern dienstags ab 18.00 Uhr
direkt ins Haus innerhalb von Celle
ab einem Bestellwert von 50.00 DM
und 2.50 DM Fahrtkostenanteil
Auro Rapunzel
Tel.: 05141/2147 71

Schwulenstammtisch

Samstags ab 20 Uhr im "VIP-Club"
Hehlentorstraße 16 in Celle

Arbeitskreis eine Welt

jeden Mittwoch um 20 Uhr im Welt-
laden (An der Stadtkirche 10)

Ständige Termine im Bunten Haus

(CD-Kaseme hinten links "Halle 12"
Hannoversche Str 30 f, Tel 907927)

Fahrradwerkstatt	je. Dienstag 16-19 Uhr
INTI(Anti-AKW)	je. Dienstag 19 Uhr
Archiv	je. Donnerstag 17-19 Uhr
KDV-Beratung	je. Donnerstag 17-19 Uhr
Plenum	je. Donnerstag 19 Uhr
Volkküche	je. Sonntag 18 Uhr

nadir

infoSystem

... ermöglicht eMail, newsgroups-
und worldwidewebzugang
für Kommunikation und Vernetzung
+
betreibt im worldwideweb ein
informationssystem zu linker
politik und sozialen bewegungen

<http://www.nadir.org/>

KONTAKT

nadir-Café,
jeden 1. Mittwoch in der BS ab 19⁰⁰

web <http://www.nadir.org/>
eMail nadir@mail.nadir.org
Post Brigittenstraße 5, 20359 HH
fon 040 / 431 89 037 fr. 17⁰⁰ - 19⁰⁰
fax 040 / 431 89 038

Unser Konto für die allzeit willkommenen Spenden
Postbank HH. (200 100 20), Kto-Nr. 797 156-207

Anzeige:

Massivholzmöbel
Regalsysteme
Orthopäd. Matratzen
Handgewebte Stoffe
Naturfarben



Massivholz-Bett Nr. 842
in allen Größen
- geölt u. gewachst
- farbig lasiert
- lackiert



Reichhaltiges Zubehör, viele Varianten möglich
Prospekt anfordern!

Celle · ☎ 05141-31247 · Fax 33769
Mo-Fr 10.00-13.00 + 15.00-18.00 · Sa. 10.00-12.30
Mi. nachmittags geschlossen